

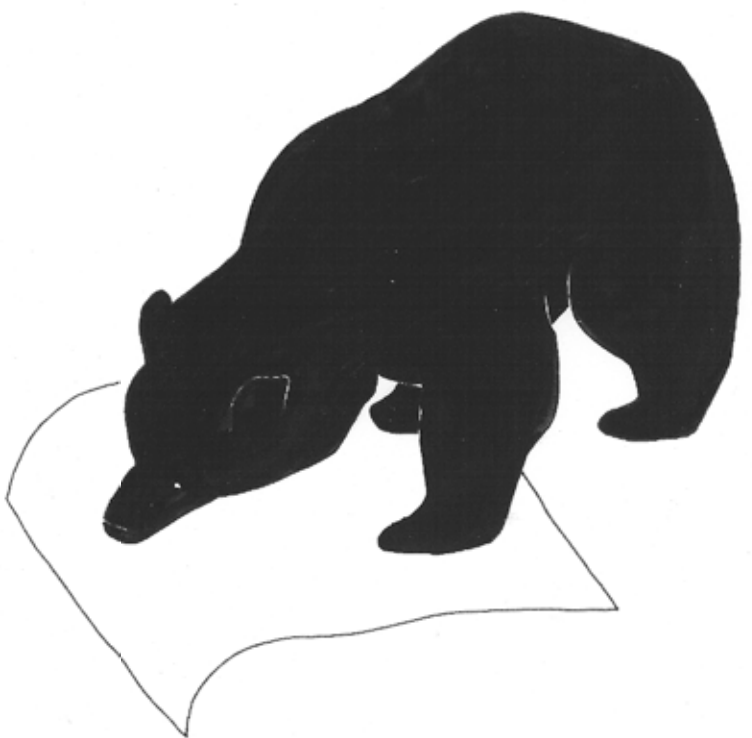
2010

Historisches Institut der Universität Bern

*Berner*

---

Historische Mitteilungen



27. Jahrgang/2010

Redaktion:  
Dr. Andreas Stucki  
Administration:  
Andrea Stutzer

Herausgegeben vom  
Historischen Institut der Universität Bern  
Unitobler  
Länggassstrasse 49  
CH-3000 Bern 9

Tel.: 031 631 86 64 / 80 91  
Fax: 031 631 44 10  
Web: [www.hist.unibe.ch/behmi](http://www.hist.unibe.ch/behmi)

Auflage: 250 Exemplare

© 2011 by Historisches Institut der Universität Bern  
ISSN 1660-1904

## *Editorial*

Die aktuelle Ausgabe der Berner Historischen Mitteilungen (BeHMi) enthält Zusammenfassungen von Master- und Lizentiatsarbeiten, die am Historischen Institut der Universität Bern 2010 erfolgreich abgeschlossen wurden. Sie verweisen einmal mehr auf eine Vielfalt historischer Themen mit ganz unterschiedlichen regionalen Schwerpunkten und methodologischen Herangehensweisen. Das aufgearbeitete Quellenmaterial wurde teilweise erstmalig erschlossen und deckt ein breites Spektrum ab: Es reicht von Abhör- und Gerichtsprotokollen über Egodokumente bis zu Pamphleten – um hier nur ein paar Beispiele zu nennen.

Einige Arbeiten werden als Monographien publiziert oder in ihren Ergebnissen zu wissenschaftlichen Aufsätzen komprimiert. Verweise hierzu finden sich im Schlussteil der Kurztexte selbst. Exemplare der Arbeiten können auch über den Verbundskatalog IDS Basel/Bern

<http://aleph.unibas.ch>

abgefragt und in unserer Institutsbibliothek eingesehen werden. Ausserdem können ältere Jahrgänge der BeHMi bis 1999 auf unserer Homepage

<http://www.hist.unibe.ch/behmi>

kostenlos abgerufen werden.

Wie bereits bei den früheren Ausgaben der BeHMi war Frau Andrea Stutzer für die umfangreichen administrativen Tätigkeiten verantwortlich, wofür ihr an dieser Stelle herzlich gedankt sei.

Bern, im Juli 2011  
Andreas Stucki



## Inhaltsverzeichnis

### *Masterarbeiten*

- Kushtrim Adili  
*Der Einfluss der kommunistischen Doktrin auf die offiziellen diplomatischen Beziehungen im ehemaligen Ostblock*  
*Das Fallbeispiel der Kosovo-Frage* 9
- Eva Aeberhard  
*Klima, Wein und Ohmgeld*  
*Der Einfluss des Klimas auf Weinsteuern im Kanton Bern zu Beginn des 19. Jahrhunderts* 10
- Joëlle Sara Affolter  
*Kirchliche Erinnerungskultur im französischen Protektorat in Tunesien*  
*Ihre Stiftung durch Lavigerie im Spannungsfeld zwischen Frankreich und Rom (1875–1892)* 11
- Manuela Bader  
*Die Spanische Grippe in der Schweiz und im Deutschen Reich – ein Vergleich* 12
- Stefano Bellotti  
*Óscar Arnulfo Romero.*  
*Nachleben in Politik, Kirche und Musikkultur El Salvadors* 13
- Nicole Bögli  
*Als kriegsgefangener Soldat in „Fort Hunt“ – Wahrnehmungen und Deutungen deutscher Mannschaftssoldaten in amerikanischer Kriegsgefangenschaft während des Zweiten Weltkrieges* 14
- Gregory Brown  
*Die Weltjugendfestspiele als Ort politischer Auseinandersetzung* 15
- Samuel Budmiger  
*Die „Italienerfrage“ um 1893*  
*Analyse der zeitgenössischen Diskussion über die italienischen Arbeitskräfte in der Schweiz im Anschluss an den Käfigturmkrawall von Bern 1893* 17

Miriam Eggmann <i>Spannungsfelder im Königshaus Tudor und Stuart Handlungsspielräume zur dynastischen Herrschaftssicherung am Beispiel der Lady Arbella Stuart</i>	18
Eliane Forster <i>Die Berner Schutzaufsicht als Macht/Wissens-Komplex Akteure, Verfahren, Narrative in den 1960er Jahren</i>	19
Stéphanie Fuchs <i>„Ich bin kein Nazi, aber Deutscher“ Wahrnehmungen und Deutungen deutscher Offiziere und Unteroffiziere in Kriegsgefangenschaft in „Fort Hunt“ während des 2. Weltkrieges</i>	20
Simone Gerber <i>Verwaltungshandeln im Bereich Schule in der Helvetik (1798-1803) Die Korrespondenz zwischen der Helvetischen Exekutive und den thurgauischen Behörden</i>	21
Joël Graf <i>Die Manifeste Emiliano Zapatas während der mexikanischen Revolution (1911-1919) Eine Analyse anhand des Konzepts der Selbstlegitimierung</i>	23
Isabel Hagist <i>Die Israelitische Kultusgemeinde Bern in den 1930er und 1940er Jahren Ein schweizerisch-jüdisches Selbstverständnis in Krisenzeiten</i>	24
Kim Hasler <i>Radikaler Reformpatriotismus und Revolution Hans Conrad Eschers staatspolitisches Verständnis im Spiegel seiner parlamentarischen Tätigkeit während der Helvetik</i>	25
Marc André Herren <i>„1968“ – Eine „globale Revolution“? Eine Untersuchung zur „globalen Qualität“ von „1968“ anhand von internationalen Einflüssen und Verbindungen der Protest- und Befreiungsbewegungen von „68“</i>	26
Nadine Höin <i>Die nationalsozialistische Verfolgung der „Asozialen“ aus dem Blickwinkel der Rassenhygiene Eine Suche nach Kontinuitäten, Brüchen und politischer Manipulation</i>	28
Markus Kindler <i>Zwischen humanitärer Tradition und Eigeninteresse: Aufnahme von Flüchtlingen in der Schweiz Eine Untersuchung von drei Fallbeispielen zur Schweizerischen Aufnahme von Kontingentflüchtlingen zwischen 1960 und 1980.</i>	29
Matthias Meier <i>Wandel und Kontinuität in der Entstehung von Hungersnöten Eine vergleichende Verletzlichkeitsanalyse zwischen vorindustriellen Subsistenzkrisen in Europa und der Hungersnot in Bengalen 1943/44</i>	30

Vincenz Moser <i>Die Reisen des Schweizer Gewerkschafters Franz Reichmann in die Sowjetunion 1921 und 1926</i>	31
Donato Raselli <i>Der Wandel der heilpädagogischen Praxis und Konzepte im Zuge der sozialstaatlichen Entwicklung der Schweiz im 20. Jahrhundert</i> <i>Das Heim Oberfeld in Marbach (Kanton St. Gallen) — eine Fallstudie</i>	32
Sandra Rosser <i>Konfessionelle Schulkultur im Kanton Solothurn im 19. Jahrhundert am Beispiel des protestantischen Bezirks Bucheggberg</i>	34
Fabian Schwager <i>Die Nuklearwaffentests der Vereinigten Staaten von Amerika im Spiegel des Bulletin of the Atomic Scientists 1945-1963</i>	35
Fabienne Studer <i>Die Sachstandsberichte des IPCC in der Schweizer Presse (1990-2007)</i> <i>Eine Analyse der Berichterstattung in ausgewählten deutsch-und französischsprachigen Schweizer Tageszeitungen</i>	36
Nino Thommen <i>Die Konstruktion von nationaler Identität</i> <i>Die erste Schweizerische Bundesfeier von 1891 im Spannungsfeld zwischen Ritual und erfundener Tradition</i>	37
 <i>Lizentiatsarbeiten</i>  	
Corinne Ammann <i>Das Absinthverbot in der schweizerischen antialkoholischen Gesetzgebung: Warum ausgerechnet Absinth?</i>	38
Andreas Besmer <i>Vertrauliches aus der „cloaca magna“</i> <i>Wahrnehmung der Schweiz durch das Ausland im Vormärz unter Auswertung von Spitzelberichten</i>	40
Peter Dängeli <i>„Allein, das Auge des Gesetzes wacht!“</i> <i>Das ungesetzliche Verhalten Einheimischer und temporär Zugewanderter auf einer schweizerischen Grossbaustelle anfangs des 20. Jahrhunderts</i>	41
Monique Helfer <i>Eine Industrie nimmt den Hut</i> <i>Aufschwung, Krisen und Untergang der schweizerischen Stroh- und Hutgeflechtindustrie zwischen 1800 und 1974</i>	42

Raphael Petit

*Die Ausdifferenzierung deutscher Geschichtskultur bezüglich des Nationalsozialismus seit 1989, nachgezeichnet anhand der publizistischen Rezeption verschiedener Denkmalprojekte in Berlin*

44

Thomas Scheiwiller

*Die Türkenpredigt des 16. Jahrhunderts in konfessioneller Ausprägung  
Zu Reziprozität und projektiver Beschaffenheit von Fremd- und Selbstwahrnehmung in der Auseinandersetzung mit dem Türken*

45



Kushtrim Adili

## *Der Einfluss der kommunistischen Doktrin auf die offiziellen diplomatischen Beziehungen im ehemaligen Ostblock*

*Das Fallbeispiel der Kosovo-Frage*

*Masterarbeit bei Prof. Dr. Marina Cattaruzza*

In dieser Arbeit wurde mit Hilfe einer Sozialen Netzwerkanalyse der Einfluss der kommunistischen Doktrin auf die offiziellen diplomatischen Beziehungen in Jugoslawien und Albanien untersucht. Zu diesem Zwecke wurden die Interaktionen zwischen der Kommunistischen Partei Jugoslawiens (KPJ) und der Kommunistischen Partei Albaniens (KPA) am Fallbeispiel des Kosovo untersucht. Dabei war die Hauptfrage, ob die kommunistischen Führungen der jeweiligen Länder bei nationalen Fragen internationalistisch oder nationalistisch argumentierten. Für diese Fragestellung erscheint das Kosovo als ein angebrachtes Fallbeispiel, weil das Kosovo historisch ein Gebiet war, um das sich die albanischen und serbischen Nationalisten gestritten haben und weil das Kosovo stets ein Krisenherd in der Region darstellte. So waren beide Parteien daran interessiert, die Problematik des Kosovo zu lösen.

Schon während des Zweiten Weltkrieges gab es Bemühungen zwischen der KPJ und KPA bezüglich der Zukunft des Kosovo. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden diese Bestrebungen zur Lösung der Kosovo-Frage intensiviert. Aus den untersuchten Quellen geht hervor, dass Hoxha bei seinen Besuchen bei Tito die Kosovo-Frage mehrmals thematisiert hatte. Die politische Führung in Belgrad deklarierte zwar öffentlich, dass sie willens sei, die Problematik des Kosovo zu lösen und eine Vereinigung des Kosovo mit Albanien zu akzeptieren, doch sei noch nicht der richtige Zeitpunkt gekommen. Die albanische Führung hingegen behauptete zwar von 1945 bis 1953 öffentlich immer wieder, dass das Kosovo albanisches Gebiet sei und demnach zu Albanien gehören müsste, doch sah die albanische Führung die Lösung der Kosovo-Frage stets als ein langfristiges Projekt, in dem die KPJ mehr zu bestimmen hätte als die KPA. Denn die KPA stand zwischen 1941 und 1948 unter grossem politischen, militärischen und wirtschaftlichen Einfluss der KPJ. Dieser Abhängigkeit waren sich die Führer der

KPA durchaus bewusst. So beharrten die albanischen Kommunisten einerseits – zwar in einem gemässigten Ton – darauf, dass das Kosovo an Albanien angegliedert werden sollte, doch andererseits fügten sie stets hinzu, dass diese Angelegenheit in der Kompetenz der KPJ liege und dass dieses Problem in beidseitigem Einverständnis der beiden Parteien gelöst werden müsse. Die erwähnte politische, wirtschaftliche und militärische Abhängigkeit der albanischen Kommunisten von ihren jugoslawischen „Genossen“ führte zu diesen schüchternen Forderungen der KPA.

Zur Lösung der Kosovo-Frage und um die albanische Führung von der Idee eines „Grossalbanien“ abzulenken, schlug die jugoslawische Regierung mehrere Projekte vor, die letzten Endes auf eine Angliederung Albaniens an Jugoslawien abzielten. Sowohl die von den Jugoslawen vorgeschlagene Balkanallianz als auch die Integration Albaniens in die Föderative Volksrepublik Jugoslawien sahen vor, dass Albanien eine Art Satellitenstaat werden sollte. Die albanische Regierung, die von der Moskauer Führung angehalten wurde, bezüglich der Allianzpläne Belgrads Vorsicht walten zu lassen, schlug mehrere Male vor, dass die Frage des Kosovo nach dem leninistischen Selbstbestimmungs- und Sezessionsrecht gelöst werden sollte. Die jugoslawische Führung selbst propagierte auch dieses leninistische Selbstbestimmungs- und Sezessionsrecht, doch de facto wurde der Status des Kosovo wie alle anderen Fragen des sozialistischen Jugoslawiens von oben diktiert. Die Region des Kosovo erhielt letzten Endes einen autonomen Status in der Föderalistischen Volksrepublik Jugoslawien. Vor diesem Hintergrund war das leninistische Prinzip des Selbstbestimmungs- und des Sezessionsrechts also nur ein rhetorisches Mittel der KPJ-Führung, um die KPA-Führung bis auf Weiteres zu vertrösten.

Die Argumentation der beiden politischen Führungen, d.h. der KPJ- und KPA-Führung, in Bezug auf die Kosovo-Frage war in den Quellen stets

internationalistisch. Der Gebrauch von Begriffen wie das „leninistische Prinzip des Selbstbestimmungs- und des Sezessionsrechts“, die Verurteilung der „reaktionär nationalistischen Propaganda“ im Kosovo und der Versuch der jugoslawischen Führung, die Idee der „Einheit und Brüderlichkeit“ auf das ganze Territorium auszuweiten, um den nationalistischen Patriotismus durch einen „sozialistischen Patriotismus“ zu ersetzen, sind deutliche Anzeichen für eine nicht-nationalistische Argumentation seitens der jugoslawischen Führung. Auch die Führung der KPA, die das „le-

ninistische Prinzip des Selbstbestimmungs- und des Sezessionsrechts“ als heilig propagierte, bediente sich internationalistischer Argumente. Des Weiteren appellierte die albanische Führung an den Patriotismus der albanischen Bevölkerung in Jugoslawien. Sie tat dies nie mit nationalistischen Termini, sondern mit einem Gemisch aus patriotischen und internationalistischen Aufrufen. Doch lässt sich zusammenfassend sagen, dass die Rhetorik absichtlich internationalistisch gewählt wurde, um vom politischen Gegner nicht als Chauvinist angeklagt zu werden.



Eva Aeberhard

### *Klima, Wein und Ohmgeld*

*Der Einfluss des Klimas auf Weinsteuern im Kanton Bern zu Beginn des 19. Jahrhunderts*

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Pfister

In dieser Arbeit geht es um die Bedeutung des Klimas auf die Weinsteuern im Gebiet des heutigen Kantons Bern anfangs des 19. Jahrhunderts, genauer von 1800 bis 1825. Das Interesse liegt darin, herauszufinden, wie Ertragsschwankungen die Steuern und damit den Wirtschaftsraum und das alltägliche Leben der Menschen beeinflusst haben.

In einem ersten Teil der Arbeit werden die Grundlagen für die spätere Quellenanalyse geschaffen. Neben dem allgemeinen Forschungsüberblick über die Themen Klima und Wein, sowie die Geschichte Berns und des Weinbaugebiet am Bielersee, wird zuerst ein besonderer Fokus auf die Beziehung zwischen Klima und Wein gelegt, da diese die Basis für die Berechnungen im zweiten Teil der Arbeit bildet. Daneben ist auch das Kapitel zur bernischen Politik und Wirtschaft sehr wichtig, da im festgelegten Untersuchungszeitraum wichtige politische und wirtschaftliche Veränderungen geschahen, welche für eine Einordnung der sozio-ökonomischen Gegebenheiten relevant sind.

Im zweiten Teil der Arbeit wird die Fragestellung mittels der Quelleninterpretation beantwortet. Da-

bei werden zwei Aspekte beleuchtet. Als erstes wird das Leben und Arbeiten in einem Rebbauggebiet anfangs des 19. Jahrhunderts dargestellt. Dies geschieht anhand der topographischen Beschreibung von La Neuveville am Bielersee durch den damaligen Bürgermeister Georg Jakob Tschiffeli. Der zweite Aspekt, welcher im Quellenteil erforscht wird, ist der Einfluss des Klimas auf die Weinsteuern. Als Hauptquelle dafür dient die jährliche Auflistung der Ohmgelderträge aus jedem einzelnen Amt des Kantons Bern durch den Ohmgeldkassier von 1804 bis 1825.

Die Ergebnisse der Quellenuntersuchungen zeigen einen klaren Zusammenhang zwischen dem Klima und dem Weinbau in La Neuveville, sowie auch zwischen dem Klima und den Ohmgelderträgen im Kanton Bern anfangs des 19. Jahrhunderts. Aus den Beschreibungen von Tschiffeli geht hervor, dass die Arbeit und das Leben in den Weinanbaugebieten in und um La Neuveville durch die Wetterverhältnissen geprägt waren. Dies galt sowohl für die Bewirtschaftung der Reben während des ganzen Jahres als auch für die daraus folgenden Weinerträge und deren Preise.

Die Ohmgeleinnahmen des Kantons Bern weisen in der durchgeführten Korrelationsanalyse eine starke signifikante Korrelation zu den Sommer-temperaturen des Vorjahrs sowie zu den durchschnittlichen Sommertemperaturen des Vorjahrs und des Vorvorjahrs auf. Diese Erkenntnis muss insofern relativiert werden, als dass das Klima

zwar die Weinerträge eines Jahrgangs bestimmte und laut der Analyse im nächsten Jahr die Höhe der Ohmgeleinnahmen. Doch kamen zum Klima noch andere Faktoren hinzu, welche die Ohmgeleinnahmen des Staats bestimmten, wie die gesetzlich festgelegte Höhe der Ohmgeleinnahme pro Mass Wein oder das Ausmass der Importe.



Joëlle Sara Affolte

*Kirchliche Erinnerungskultur im französischen Protektorat in Tunesien  
Ihre Stiftung durch Lavigerie im Spannungsfeld zwischen Frankreich und Rom (1875–1892)*

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Windler

Am 13. Juni 1875 liessen sich die ersten Patres der Société des Missionnaires d'Afrique (Pères Blancs) in Karthago (Tunesien) nieder. Einen Monat vorher hatte ihr Ordensbegründer, der Erzbischof von Algier, Charles Lavigerie, Papst Leo XIII. um die Übertragung der Pflege der Saint-Louis-Kapelle in Karthago gebeten. Er begründete sein Anliegen mit dem französischen Nationalcharakter der Kapelle, zu deren Pflege es französischer Geistlicher bedürfe. Die zwischen 1840 und 1841 gebaute Kapelle war dem Kreuzfahrerkönig Ludwig IX. (genannt der heilige Ludwig) gewidmet, welcher der Legende nach 1270 während des Siebten Kreuzzuges gegen Tunis in Karthago verstorben war. Das Grundstück, auf dem der Bau der Kapelle erfolgte, hatte der Bey von Tunis 1830 dem König von Frankreich geschenkt — vor dem Hintergrund der französischen Eroberung Algeriens und dem damit einhergehenden Machtgewinn Frankreichs in der Region. Die Kapelle wurde zum Sinnbild der Verschmelzung der französischen Herrschaftsansprüche mit der katholischen Mission in Nordafrika. In diese Tradition stellte Lavigerie auch die Tätigkeiten seiner Patres, die gegen den starken Einfluss der italienischen Kapuziner in Tunis wirken sollten. Dies geschah in enger Absprache mit dem französischen Generalkonsul, Théodore Roustan. Letzterer erkannte den Aufbau einer gallikanischen

Kirche in Tunesien als eine wirksame Massnahme zur Ausdehnung des französischen Einflusses. Sein Ziel war es, die Sympathien der italienischen, maltesischen und französischen Katholiken in der Regentschaft für Frankreich zu gewinnen und auf diese Weise den Boden für ein französisches Protektorat in Tunesien zu ebnet. Bis zu dessen Errichtung 1881 konkurrierte Frankreich mit den Grossmächten Italien und Grossbritannien um die Vorherrschaft in Tunesien.

Die Entsendung der Pères Blancs nach Tunesien begründete sich ferner auch im innerfranzösischen Laizisierungsprozess der Dritten Republik. Durch antiklerikale Massnahmen der republikanischen Regierungen, die auch die Tätigkeiten der katholischen Kirche in der algerischen Kolonie einschränkten, sah Lavigerie seine wohltätigen Werke in Algerien gefährdet. Die Verlagerung seiner Aktivitäten auf die Regentschaft von Tunis diente daher zur Sicherung der katholischen Errungenschaften in Nordafrika und zur Wahrung der Interessen der katholischen Kirche in der Region.

Die vorliegende Masterarbeit beleuchtet das Zusammenspiel der Aussen-, Innen- und Kirchenpolitik im französischen Protektorat und fokussiert dabei insbesondere auf das Wechselspiel zwischen der Politik und dem Umgang mit der Vergangenheit durch die katholische Kirche in Tunesien. So wurden beispielsweise die mehrdimensionalen, hi-

historischen Referenzen, die der Standort der Saint-Louis-Kapelle in Karthago in sich vereinte, von Lavigerie und den Pères Blancs geschickt in Szene gesetzt. Sie stellten den Bezug her zur christlichen Spätantike, zu den mittelalterlichen Kreuzzügen und zum heiligen Ludwig sowie zu den christlichen Missionaren der frühen Neuzeit, um die katholische Kirche und das Protektorat in Tunesien mit einer „christlichen Tradition“ auszustatten. Ausgehend von den schriftlichen Zeugnissen Lavigeries und der Pères Blancs untersucht die Masterarbeit in einem ersten Teil, inwiefern es sich bei den erwähnten historischen Rückgriffen zwischen 1875 und 1892 um die Entfaltung einer „Erinnerungskultur“ gemäss der Theorie von Aleida und Jan Assmann handelte. Dabei lassen sich drei zeitliche Etappen beobachten, während denen sich die kirchliche Erinnerungskultur von einer ordensinternen (1881-1884) über eine kircheninterne (1881-1884) zu einer öffentlich ausgestalteten Erinnerungskultur mit ihren eigenen „lieux de mémoire“ (1884-1892) entwickelte. Dieser Prozess erfolgte parallel zur Errichtung und zur Konsolidierung des französischen Protektorates in Tunesien.

Die kirchliche Erinnerungskultur legitimierte dabei die französische Expansion, Frankreich wiederum legitimierte durch seine Herrschaft die Tätigkeiten der katholischen Kirche in Tunesien.

In einem zweiten Teil fokussiert die Arbeit auf die Bedeutung der kirchlichen Erinnerungskultur in Hinblick auf die nichtfranzösischen Europäer in Tunesien sowie auf das Verhältnis der verschiedenen Regierungen der Dritten Republik zur römischen Kurie. Hierbei wird ersichtlich, dass die kirchliche Erinnerungskultur im ersten Fall einen wichtigen Beitrag zur Sozialisation der nichtfranzösischen Katholiken innerhalb der Strukturen des Protektorats leistete. Im zweiten Fall trat Lavigerie als wichtiger Vermittler zwischen der Kurie und den französischen Regierungen der Dritten Republik auf.

Abschliessend bietet die Masterarbeit einen Ausblick auf den 30. Internationalen Eucharistiekongress, der 1930 in Karthago stattfand und bei dem das erinnerungspolitische Programm der katholischen Kirche in Tunesien in triumphaler Weise inszeniert wurde.



Manuela Bader

## *Die Spanische Grippe in der Schweiz und im Deutschen Reich – ein Vergleich*

Masterarbeit bei Prof. Dr. Stig Förster

Die Spanische Grippe von 1918/19 raffte weltweit Millionen von Menschen dahin. Sie bleibt bis heute die grösste Seuche, von der die Menschheit je heimgesucht worden ist. Die neuere Forschung spricht von weltweit 50 bis 100 Millionen Toten, das entspricht dem 5-fachen der ursprünglichen Annahme. In den letzten Jahren ist die Spanische Grippe durch Virenerkrankungen wie SARS, Vogelgrippe und der Schweinegrippe wieder in den Fokus von Historikern gelangt und in verschiedenen Bereichen aufgearbeitet worden. Bislang fehlte eine Untersuchung, die den Verlauf der Grippe in der Schweiz analysiert und

vor allem die Grippe in der Armee mit einem der Nachbarländer kontrastiert. Aus diesem Grund vergleicht die vorliegende Arbeit die Schweiz mit dem Deutschen Reich. Das Verhalten in einer Krisensituation ist beim Deutschen Reich, einem der kriegführenden Länder, gänzlich anders als in der neutralen Schweiz.

Im Rahmen dieser Arbeit werden zuerst verschiedene Grippepandemien aus dem 18. und 19. Jahrhundert analysiert, bevor der allgemeine Charakter der Spanischen Grippe genauer beschrieben wird. Primär interessiert die Art und Weise des Umgangs mit der Seuche von 1918/19, welcher

in zusammenfassenden Vergleichen wiedergegeben wird. Mit den erworbenen Vorkenntnissen zur Spanischen Grippe kann eine Untersuchung der beiden Länder vorgenommen werden. Bereits die Statistiken der beiden Länder zu Todesopfern und Grippeerkrankten fördern die ersten Unterschiede im Umgang mit der Grippe zu Tage. Die Sichtweisen der medizinischen Fachzeitschriften beider Länder sind zwar gleich aufgebaut, Unterschiede werden dennoch sichtbar und in der Studie entsprechend offen gelegt. Von besonderem Inte-

resse ist der Vergleich der Armeen beider Länder im Umgang mit der Spanischen Grippe, hier liegt denn auch ein besonderer Fokus der Arbeit. Die Bandbreite der Recherche reicht von Geheimhaltung der Ereignisse bis hin zu öffentlichen Stellungnahmen seitens der Militärleitung. Ebenfalls untersucht wird der Umgang mit der Grippe in ausgewählten Medien. Es sind dies die Sozialdemokratische Zeitung der Schweiz, die „Berner Tagwacht“ und jene im Deutschen Reich, die in Berlin erschienene „Vorwärts“.



Stefano Bellotti

### *Óscar Arnulfo Romero*

*Nachleben in Politik, Kirche und Musikkultur El Salvadors*

Masterarbeit bei Prof. Dr. Arndt Brendecke

Óscar Arnulfo Romero wurde vor dreissig Jahren am Altar ermordet, doch heute würde niemand behaupten, dass Romero tatsächlich gestorben ist. Selbst die Mörder zweifeln daran. Überall hört man seine Stimme und überall muss man sich Romeros Vermächtnis stellen. Der ermordete Erzbischof ist nach dreissig Jahren — gewollt oder ungewollt — aus seiner pastoralen Rolle herausgewachsen und zu einem Symbol geworden: ein Symbol für Gerechtigkeit, Gewaltlosigkeit, Mut und Liebe.

In der Studie wird den Motiven dieser Ermordung nachgegangen und dabei vor allem auf zwei Aspekte fokussiert: die Anprangerung der sozialen Ungleichheit und die zunehmende internationale Bedeutung Romeros, die den konservativen Kräften in El Salvador ein Dorn im Auge war. Die Ermordung wird in der Arbeit jedoch nicht nur als historisches Ereignis dargestellt, sondern es wird auch auf dessen Wirkung und Bedeutung eingegangen. Im zweiten Teil der Studie wird in diesem Zusammenhang der Gedanke des Martyriums behandelt.

Nebst einer detaillierten Quellenkritik an den Homilien des ehemaligen Erzbischofs von San Sal-

vador, beschäftigt sich die Masterarbeit im dritten Teil mit dem Nachleben Romeros. Die wichtigsten Fragen, denen die Arbeit diesbezüglich nachgeht, betreffen die ‚Authentizität‘ des im Jahr 2010 weitgehend glorifizierten Erzbischofs. Inwieweit beruht das heutige Bild Romeros auf dem lebendigen Óscar Arnulfo Romero? Wie hat sich diese Projektion über die Zeit gewandelt und welche Personen und Institutionen haben daran gearbeitet? Mit welchen Hintergedanken und Vorstellungen wurde Óscar Romero am Leben erhalten und wen soll er bis heute ansprechen? Wie viel des lebenden – des authentischen – Romero findet sich noch im heutigen Romero-Bild, das auf T-Shirts, Statuen und Gemälden verewigt wird?

Die Studie versucht in drei unterschiedlichen Sphären (Politik, Kirche und Musik) die Aufarbeitung und Deutung Romeros darzulegen.

Im Teil zur Politik wird der Fokus auf die seit März 2009 an der Macht stehende FMLN und auf die rhetorischen und inszenierten Gedenkveranstaltungen zum 30. Todestag des Erzbischofs gelenkt. Der Unterschied zwischen einer aufrichtigen Ehrerbietung und einem opportunistischen Kalkül ist hauchdünn: Während Präsident Funes einerseits

den ermordeten Bischof zu seinem „geistlichen Führer“ ernannt hat und sich intensiv mit der ‚Option für die Armen‘ beschäftigt, wird Romero andererseits als Aushängeschild für ein aufstrebendes und erneuertes El Salvador benutzt. Die Einweihung eines Gemäldes zu Ehren des ermordeten Erzbischofs am Flughafen von San Salvador veranschaulicht diese Absicht.

Zur Kirche wird auf das seit 1996 laufende Kanonisierungsverfahren eingegangen und die Beweggründe der Ortskirchewerten den strategischen Überlegungen des Vatikans gegenübergestellt. Es ist offensichtlich, dass eine Seligsprechung politische Implikationen haben würde und es wird deutlich, weshalb ein erfolgreicher Abschluss des Verfahrens noch nicht in Sicht ist. Das grösste Hindernis beruht dabei auf einer Unstimmigkeit zwischen dem Romero-Bild des Vatikans und der Wahrnehmung der salvadorianischen Bevölkerung. In diesem Teil der Arbeit wird auch auf die wichtige Reise des Papstes im Jahre 1983 in Zentralamerika eingegangen, als inmitten des Bürgerkriegs und wider den Wunsch der Regierung Romero rehabilitiert wurde.

Die Untersuchung zu Romeros Präsenz in der Musikultur El Salvadors zwischen 1980 und 2010

soll stellvertretend für das Nachleben des Erzbischofs bei der einfachen Bevölkerung stehen. Die Studie zeigt, wie in den untersuchten Liedern zwei Romero-Bilder konkurrenzieren: ein ideologischer und ein religiöser Bischof. Trotz naheliegender Unterschiede gibt es vielsagende Gemeinsamkeiten: So wird beispielsweise Romero beidseitig als Hoffnungsträger und Mensch der Gerechtigkeit gepriesen.

Sei es als Symbol der Hoffnung, als Mann der Kirche oder als politische Leitfigur: Der lebendige Romero rückt zweifellos in die Ferne.

Die Gegenüberstellung des ersten und letzten Teils der Studie belegt dies. Der fortlaufende Versuch, Romero zu aktualisieren und den sich wandelnden Bedürfnissen einer Gesellschaft anzupassen, belegt jedoch die Wichtigkeit dieser Figur und zeugt von einem umfassenden Rehabilitationsversuch. Gleichzeitig kommt aber durch diese ‚Sehnsucht nach Romero‘ eine gewisse Orientierungslosigkeit zum Ausdruck.

Óscar Arnulfo Romero, der Erzbischof von San Salvador, ist gestorben, aber Óscar Romero, politischer Heiliger und Märtyrer El Salvadors, lebt weiter. Und die Aufarbeitung dieser Figur ist noch in den Anfängen begriffen.



Nicole Bögli

*Als kriegsgefangener Soldat in „Fort Hunt“ – Wahrnehmungen und Deutungen deutscher Mannschaftssoldaten in amerikanischer Kriegsgefangenschaft während des Zweiten Weltkrieges*

Masterarbeit bei Prof. Dr. Sönke Neitzel

Zwischen 1942 und 1945 wurden im amerikanischen Vernehmungszentrum Fort Hunt, Virginia, rund 3'451 deutsche Kriegsgefangene systematisch verhört und abgehört. Der Aktenumfang dieses erst kürzlich freigegebenen Quellenkorpus beläuft sich auf rund 3000 Akten, welche mehrere zehntausend Verhör- und Abhörprotokolle enthalten. Die Masterarbeit „Als kriegsgefangener Soldat in „Fort Hunt“ – Wahrnehmungen und Deutungen

deutscher Mannschaftssoldaten in amerikanischer Kriegsgefangenschaft während des Zweiten Weltkrieges“ von Nicole Bögli basiert auf diesen einzigartigen Quellen, welche einen einmaligen Einblick in die Wahrnehmungen und Deutungen deutscher Wehrmachtsangehöriger bieten.

Obwohl der Zweite Weltkrieg zu den besterforschten Themen der Geschichtswissenschaft gehört, ist eine eigentliche Mentalitätsgeschichte der

Wehrmacht immer noch ausstehend. Diese Arbeit, welche im Rahmen des internationalen Projekts „Referenzrahmen des Krieges. Wahrnehmungen und Deutungen von Soldaten der Achsenmächte, 1939 – 1945“ unter der Leitung von Prof. Dr. Sönke Neitzel entstanden ist, geht der Frage nach, wie Mannschaftssoldaten der deutschen Wehrmacht die Zeit des Zweiten Weltkrieges wahrgenommen und wie sie zeitgenössische Situationen interpretiert haben.

Anhand einer qualitativen Inhaltsanalyse wurden die Aussagen von 31 nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Mannschaftssoldaten ausgewertet. Zudem wurde eruiert, über welche Themenbereiche die Gefangenen mit den Verhöroffizieren und ihren Zellengenossen gesprochen haben. Im Zentrum des Interesses stehen zwei erkenntnisleitende Fragestellungen. Erstens: inwiefern hat der soziographische Hintergrund einen Einfluss auf die Sinnstiftungsmuster der Soldaten? Und Zweitens: inwiefern orientieren sich die Wehrmachtsangehörigen für die Interpretationsprozesse an verschiedenen Referenzrahmen?

Im ersten Teil der Arbeit werden der Forschungsstand, die methodische Vorgehensweise und das Sozialprofil der Gefangenen vorgestellt. Bevor im Hauptteil dargestellt wird, welche Themen in den Gesprächen und Verhören vorrangig behandelt werden und die Gefangenen ausführlich zu Wort kommen, wird zuerst auf die Lebensumstände deutscher Soldaten in amerikanischer Kriegsgefangenschaft eingegangen und das Vernehmungs-

zentrum Fort Hunt sowie dessen Verhörtätigkeiten näher vorgestellt.

Im theoretischen Teil werden drei verschiedene Referenzrahmen herausgearbeitet, welche den Soldaten für die Wahrnehmung und Deutung der Ereignisse Orientierung bieten. Die Autorin geht davon aus, dass ein ideologisch-normativer, ein situativer und ein biographisch/lebensgeschichtlicher Referenzrahmen in unterschiedlichem Masse die Interpretationsleistungen der Soldaten beeinflussen.

Die Analyse der Aussagen der Kriegsgefangenen in Fort Hunt hat ergeben, dass die Einstellung zum Hitlerregime, die Interpretation der Geschehnisse, die Perzeption des Krieges und die Wahrnehmung der Soldaten- und Heimatfrontmoral von vielen Faktoren beeinflusst werden. Es hat sich gezeigt, dass soziographische Daten wie Herkunft, Bildung und Alter (biographisch/lebensgeschichtlicher Referenzrahmen) einen weniger direkten Einfluss haben als der Grad der ideologischen Indoktrinierung (ideologisch-normativer Referenzrahmen) und situative Faktoren wie der Einsatz auf Kriegsschauplätzen, der Zeitpunkt der Gefangennahme und das ganz persönliche Erleben der Ereignisse (situativer Referenzrahmen).

Für die Mentalitätsgeschichte der Wehrmacht, für das Erklären von Wahrnehmungs- und Sinnstiftungsmustern der Soldaten ist die Referenzrahmenanalyse am Schnittpunkt zwischen Sozialpsychologie und Geschichtswissenschaft ein vielversprechender neuer Ansatz.



Gregory Brown

## *Die Weltjugendfestspiele als Ort politischer Auseinandersetzung*

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Gerlach

Bei den Weltjugendfestspielen handelt es sich um kurz nach dem zweiten Weltkrieg ins Leben gerufene internationale Jugendtreffen. In regelmäßigen Abständen trafen sich tausende Jugendliche aus der ganzen Welt, um gemeinsam zu diskutie-

ren, Sport zu treiben und zu feiern. Verbunden waren die Teilnehmer durch das Bekenntnis, für Frieden, internationale Solidarität und Freundschaft zu kämpfen. Die mehrheitlich in Osteuropa stattfindenden Veranstaltungen gerieten bald in den Ver-

ruf, kommunistische Propagandaveranstaltungen zu sein, mit dem Ziel, die Jugendlichen zu manipulieren und für die aussenpolitischen Ziele der UdSSR einzuspannen. Organisiert wurden die Festivals vom Weltbund der Demokratischen Jugend (WBDJ), einer Frontorganisation der UdSSR. Die mehrheitlich kommunistischen Schweizer Teilnehmer an den Weltfestspielen waren in ihrem Heimatland im kalten Krieg massiven Repressionen ausgesetzt. Sie wurden als Landesverräter gesehen und mussten nicht selten mit dem Verlust ihrer Arbeitsstelle oder ihres Studienplatzes rechnen. Bei der Bevölkerung der Ostblockstaaten waren die Festivals mit ihren tausenden ausländischen Gästen beliebt. Sie boten der Bevölkerung die Gelegenheit den tristen Alltag zu vergessen. Vieles, was zuvor verboten war, wurde während der Festivals erlaubt. Ein Hauch Offenheit und Liberalität wehte durch den Ostblock.

In der Forschung werden die Weltfestspiele kaum beachtet. Im deutschsprachigen Raum erschienen lediglich zu den beiden Festivals in Ost-Berlin 1951 und 1973 sporadische Veröffentlichungen. Am aktuellsten ist die Monografie „Stalin-Kult und Rotes Woodstock“ von Andreas Ruhl. Ruhl kam zum Schluss, dass die am X. Festival 1973 in Ostberlin inszenierte Offenheit nur Schein war. Seiner Ansicht nach waren die Ergebnisse der Diskussionen schon im Vorfeld bestimmt. Es sei darauf geachtet worden, dass die Kommunisten immer eine Mehrheit hatten. Zudem wurden im Vorfeld der Spiele zehntausende potentielle Störenfriede verhaftet. Andere Forscher weisen darauf hin, dass die Spiele vor allem ein propagandistisches Forum für die global-strategischen Interessen der Sowjetunion gewesen seien. Die jugendlichen Teilnehmer seien für ihren Symbolwert missbraucht worden.

In dieser Arbeit wurde versucht, die Weltfestspiele aus Schweizer Sicht zu beleuchten. Dafür wurden mehrere Interviews geführt sowie schriftliche Fragebogen verschickt. Ebenfalls als Quelle dienten Akten des Kommunistischen Jugendverbands der Schweiz (KJV), Fichen der Bundespolizei über Teilnehmer der Festivals und diverse Zeitungsberichte. Inhaltlich fokussiert die Arbeit auf politische Aspekte. Die Arbeit beginnt mit einem historischen Rückblick über die Entstehung des WBDJ und über die einzelnen Festivals. Anschliessend

werden die kulturellen Aktivitäten der Schweizer Teilnehmer beleuchtet. Der Hauptteil widmet sich politischen Aspekten. Es wurde untersucht, ob sich die ausländischen Teilnehmer an den Weltfestspielen frei bewegen und sprechen konnten und ob es möglich war Kritik an den kommunistischen Gastgeberländern zu üben. Eine besondere Aufmerksamkeit wurde der Frage geschenkt, wie die dem Frieden verpflichteten Teilnehmer auf Ereignisse wie die sowjetischen Einmärsche in Ungarn oder der CSSR reagierten. Zudem wurde untersucht, ob sich die Teilnehmer, wie von der Literatur postuliert, zu Propagandazwecken missbraucht fühlten. Die Ergebnisse der Interviews zeigen, dass die Bewegungsfreiheit der westlichen Teilnehmer wesentlich grösser war als angenommen. Private und unüberwachte Begegnungen mit der Bevölkerung waren problemlos möglich. Mehrere Teilnehmer wiesen darauf hin, dass auch KGB und Stasi nicht über die Kapazitäten verfügten Veranstaltungen dieser Grössenordnung komplett zu überwachen. Die Fragen nach politischen Konflikten stiessen bei den Interviewpartnern auf wenig Verständnis. Sie waren nicht an die Festivals gereist, um die Politik der kommunistischen Staaten zu kritisieren, sondern um sich mit Gleichdenkenden für den Frieden einzusetzen oder gegen die Ausbeutung der Länder der Dritten Welt. Sie fühlten sich in diesen Ländern von der Bevölkerung wärmstens empfangen und hatten keineswegs den Eindruck zu Propagandazwecken ausgenutzt zu werden. Allerdings waren die Interviewpartner wie die Mehrheit der westlichen Teilnehmer kommunistisch gesinnt. Nicht-kommunistische Teilnehmer wurden hingegen oft benachteiligt, z.B. indem ihnen der Zutritt zu politischen Veranstaltungen verwehrt wurde oder sie am Verteilen von kritischen Flugblättern gehindert wurden. In den politischen Seminaren wurden vor allem Stellungnahmen heruntergelesen. Eine richtige Diskussion kam nicht auf. Kritische Voten wurden ignoriert.

Die Erkenntnisse dieser Arbeit revidieren das allgemeine Bild der Weltfestspiele in einigen Punkten. Allerdings sind die Ergebnisse mit Vorsicht zu betrachten, da es sich bei den befragten Teilnehmern um aktive oder ehemalige Kommunisten handelt, die ein ausgesprochen positives Bild der Weltfestspiele haben.





Samuel Budmiger

## *Die „Italienerfrage“ um 1893*

*Analyse der zeitgenössischen Diskussion über die italienischen Arbeitskräfte in der Schweiz im Anschluss an den Käfigturmkrawall von Bern 1893*

Masterarbeit bei Prof. Dr. Albert Tanner

Ziel der Arbeit war es einerseits, die Diskussion über die italienischen Arbeitskräfte in der Schweiz, welche im Anschluss an den Käfigturmkrawall vom 19. Juni 1893 in Bern unter dem Begriff „Italienerfrage“ geführt wurde, nachzuzeichnen und in ihrem historischen Kontext einzubetten. Andererseits wurde versucht, die Bedeutung dieser Diskussion in Bezug auf spätere Ausländerdebatten in der Schweiz festzustellen. Methodisch wurde nach den Analyseschritten einer historischen Diskursanalyse vorgegangen. Als Quellenkorpus dienten vorwiegend Berner und Zürcher Presseorgane sowie Protokolle und Berichte der Berner Behörden. Der Fokus der Untersuchung wurde auf die Stadt Bern gelegt, da dort beim Käfigturmkrawall 1893 Schweizer Handlanger die italienischen Bauarbeiter gewalttätig von den Bauplätzen zu vertreiben versuchten.

Die „Italienerfrage“ um 1893 in Bern wurde in einem sozioökonomischen und sozio-politischen Kontext diskutiert, der dank liberalen Niederlassungs- und Arbeitsrechtsgesetzen sowie einer florierenden Bautätigkeit eine grosse italienische Arbeitsmigration nach Bern begünstigte und der sich durch eine politische Stimmung des Klassenkampfes sowie durch soziale Spannungen bei den arbeitslosen Handlangern auszeichnete. Schon vor 1893 hatten Vertreter der Berner Arbeiterbewegung auf die billige italienische Konkurrenz auf dem städtischen Arbeitsmarkt aufmerksam gemacht und von den Behörden Massnahmen gegen die negativen Folgen für die einheimischen Bauarbeiter gefordert.

Nach dem Krawall in Bern formulierten die Gewerkschaften ihre Forderungen zum Schutz der Einheimischen neu und versuchten mit dem Begriff „Italienerfrage“ die Aufmerksamkeit der libe-

ralen Behörden auf sozialdemokratische Anliegen zu richten. Die „Italienerfrage“ wurde als migrationspolitisches, wirtschaftspolitisches, sozialpolitisches und kulturpolitisches Problem diskutiert. Die Gewerkschafter und Sozialdemokraten sahen die wirtschaftlichen Vorteile der italienischen Arbeitskräfte in ihrer kulturellen Minderwertigkeit bedingt, die angeblich ein bedürfnisloses Leben und dadurch tiefe Lohnansprüche zuliess. Zum gewerkschaftlichen Anspruch nach proletarischer Internationalität standen die fremdenfeindlichen Forderungen von Bernern und Zürichern Arbeitervertretern im Sommer 1893 im Widerspruch. Die bürgerlichen Akteure relativierten das Vorhandensein der „Italienerfrage“ und verwiesen in der Diskussion auf die sozialrevolutionäre Gefahr der Arbeiterbewegung, die sich im Käfigturmkrawall gezeigt habe. Sie stellten sich hinter die italienischen Arbeitskräfte und die Anstellungspolitik der Unternehmer und sahen die Arbeitslosigkeit der Einheimischen durch den schädlichen Einfluss der Arbeitervereine bedingt.

In der Diskussion über die „Italienerfrage“ um 1893 zeigten sich vor allem wirtschaftliche „Überfremdungsängste“ und es traten fremdenfeindliche Abwehrhaltungen gegen Ausländer offen in Zeitungen und behördlichen Diskussionen zu Tage. Diese frühe Ausländerdebatte war der „Italienerfrage“ um 1896 in Zürich, der „Ausländerfrage“ ab 1900 und dem Überfremdungsdiskurs, der die Handlungen der Schweizer Behörden nach dem Ersten Weltkrieg wirkungsmächtig mitbestimmte, vorgelagert. Um 1893 zeigten sich die liberalen Behörden von den protektionistischen Forderungen der „Linken“ jedoch unbeeindruckt und hielten an liberalen Gesetzen fest.



Miriam Eggmann

## *Spannungsfelder im Königshaus Tudor und Stuart*

*Handlungsspielräume zur dynastischen Herrschaftssicherung am Beispiel der Lady Arbella Stuart*

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Windler

Als Lady Arbella Stuart 1615 nach vierjähriger Gefangenschaft im Tower von London starb, geriet sie keinesfalls in Vergessenheit. Ihre Geschichte wurde vom 17. bis ins 20. Jahrhundert in Balladen, Gedichten und Romanen immer wieder erzählt. Dabei hegten die Autoren ein besonderes Interesse für ihre heimliche Vermählung mit William Seymour im Jahr 1610 und die damit verbundene Gefangenschaft. Mit Arbella als Hauptfigur spiegeln diese Werke die sozialen, kulturellen sowie politischen Probleme der jeweiligen Epoche wieder.

Arbella gehörte zu den intellektuellsten und gebildetsten Frauen ihrer Zeit, die eine beachtliche Menge an Ego-Dokumenten in Form von Briefen hinterliess. Diese beinhalten reichhaltige Informationen zur elisabethanischen und jakobinischen Gesellschaft. Zusätzlich liefern sie Angaben über ihre Handlungsspielräume hinsichtlich der dynastischen Herrschaftssicherung. Da Arbella einem Seitenhaus der Tudor Dynastie angehört, wurde ihr dynastisches Handeln durch das bestehende Spannungsfeld zwischen ihr und Elisabeth I., sowie Jakob I. erschwert. Dieser Aspekt in der Adelsforschung des englischen Hofes wurde bislang nicht erforscht.

Das Erkenntnisinteresse basiert hierbei auf der Frage, in welcher Art und Weise sich das Spannungsfeld zwischen der Seitenlinie des Königshauses und dem Monarchen oder der Monarchin äusserte. Ferner stellt sich die Frage, welche Handlungsspielräume zur Machtstabilisierung und -erweiterung ihrer eigenen Dynastie Arbella Stuart als Frau innerhalb dieses Spannungsfeldes zur Verfügung standen.

Die Arbeit gliedert sich in zwei Teile. Der erste orientiert sich an den dynastischen Prinzipien: Sicherung der Erbschaft und Heiratspolitik zur Ausweitung der Macht der eigenen Dynastie. Darin wird der Streit um das Erbe der Familie Lennox erläutert, sowie die Unterschlagung desselben, die daraus resultierende finanzielle Abhängigkeit Arbellas von den Regenten und die Möglichkeiten,

die ihr offen standen, dieser Abhängigkeit entgegenzuwirken. In einem weiteren Kapitel wird auf die Heiratspolitik eingegangen. Der Fokus liegt hier auf der Art und Weise, wie unterschiedliche Personen in Arbellas Umfeld Heiratsprojekte für sie in die Wege leiteten, um daraus einen Nutzen zur Sicherung ihrer eigenen Dynastie zu ziehen.

Der zweite Teil behandelt die beiden Aufenthalte am Hof Elisabeths I. sowie ihr Leben am Hof Jakobs I. Hierbei wird ein Vergleich der beiden Aufenthalte am elisabethanischen und jakobinischen Hof angestellt, soweit dies möglich ist. Das Hauptinteresse liegt dabei in der Beantwortung der Frage, welche Mittel Arbella am Hof zur Verfügung standen, um ihre Position und die ihrer Familie zu sichern und wenn möglich deren Macht zu erweitern.

Die Edition der Briefe von Sara Jayne Steen „The Letters of Lady Arbella Stuart“ bildet die Quellengrundlage dieser Studie. Die Zeitspanne der Korrespondenz von Arbella erstreckt sich über 23 Jahre (1588–1611). Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass für den Zeitraum von 1589 bis 1601 bislang keine Briefe bekannt sind.

Aufgrund der unregelmässigen Dichte von Arbellas Briefen war es zur Beantwortung meiner Fragestellung unabdingbar, weitere Quellen hinzuzuziehen. In der Briefsammlung von Sara Jayne Steen sind 17 weitere Briefe abgedruckt, die an Arbella gerichtet wurden. Diese stammen zum Teil aus der Zeitspanne, für die keine Briefe von Arbella überliefert sind. Die Historikerinnen Elizabeth Cooper und Emily T. Bradley aus dem 19. Jahrhundert veröffentlichten weitere Dokumente in Form von Bittbriefen ihrer Familie an einflussreiche Personen Englands, Verhören sowie königlichen Haftbefehlen, die mit Arbellas Leben in Verbindung stehen.

Die Analyse der Quellen zeigt, dass das Spannungsfeld zwischen Arbella und Elisabeth I., beziehungsweise Jakob I., sich auf ihre Handlungsspielräume zur dynastischen Herrschaftssicherung auswirkte. Aufgrund ihres hohen Anspruchs auf

den englischen Thron konnte Arbella für die jeweilig regierenden Monarchen zur Gefahr werden. Deshalb hatten diese versucht Arbellas Macht mit unterschiedlichen Mitteln einzudämmen. Dies geschah vor allem durch das Schaffen einer finanziellen Abhängigkeit und Untersagung, ohne königliche Einwilligung zu heiraten. Als Folge dessen wurde Arbella in ihren Möglichkeiten zur dynastischen Herrschaftssicherung enorm beein-

trächtigt. Ferner wird gezeigt, dass Arbella ihrer politischen Wichtigkeit wegen nicht nur zur Herrschaftssicherung ihrer eigenen Dynastie diente, sondern auch von der englischen Königin Elisabeth I. als Mittel zum Erreichen ihrer Ziele eingesetzt wurde. Weitere europäische Mächte wie Philip II., König von Spanien, und Papst Clemens VIII. hegten ebenfalls Interesse an ihr.



Eliane Forster

*Die Berner Schutzaufsicht als Macht/Wissens-Komplex*  
*Akteure, Verfahren, Narrative in den 1960er Jahren*

Masterarbeit bei PD. Dr. Regula Ludi

Die Masterarbeit entstand als Teil eines Projektes zur Aufarbeitung der Geschichte der Bewährungshilfe (Schutzaufsicht) in Bern (vgl. unten). Im Rahmen dieser Forschungen befasst sich die Arbeit mit einem reichen Quellenbestand von 240 Personenakten aus den 1960er Jahren. Diese Personen wurden im Zuge einer bedingten Entlassung aus einer Anstalt oder nach einer bedingt vollzogenen Strafe unter Schutzaufsicht gestellt. Die FürsorgerInnen des Berner Schutzaufsichtsamtes sowie ehrenamtliche HelferInnen (Patrone genannt) sollten fortan einige Jahre auf einen straffreien und normkonformen Lebenswandel der „Schützlinge“ hinwirken und diesen überwachen. Die Arbeit untersucht die Verfahren dieser Schutzaufsicht und die normativen Vorstellungen der zentralen AkteurInnen, die den Schutzaufsichtsalltag im Spannungsfeld zwischen Hilfe und Kontrolle ausgestalteten.

Historiographisch ist die Arbeit an einer Schnittstelle zwischen Fürsorge- und Kriminalitätsgeschichte zu verorten. Angestrebt wurde ein methodisch reflektierter Umgang mit Personenakten und „Fällen“. Die theoretische Rahmung bietet der von Michel Foucault betonte Zusammenhang von Macht und Wissen. Einleitend werden Foucaults Konzepte der Disziplinarmacht, der Normalisie-

rung, der Einführung des Delinquenten und der Subjektivierung erörtert und auf die Schutzaufsichtsprozesse appliziert.

In einem zweiten Teil der Arbeit werden die rechtlichen Grundlagen, die Verfahrensweisen und die zentralen AkteurInnen dieses Schutzaufsichtsfeldes vorgestellt. Herausgearbeitet werden sowohl angewendete Kontroll- und Zwangsmassnahmen wie auch unterstützende Interventionen der FürsorgerInnen. Es sollen hierbei die Fürsorgerkonzeption des Schutzaufsichtsamtes und der Professionalisierungsanspruch der Berner FürsorgerInnen verdeutlicht werden. Ausserdem wird die Position der Berner Schutzaufsicht im Schweizerischen Strafvollzugsdiskurs aufgezeigt.

Im Anschluss richtet sich der Fokus auf die Wissensproduktion innerhalb des Schutzaufsichtsverfahrens. Hierzu werden die Aktenführung und Dokumentationstechniken der Schutzaufsicht beschrieben, die Wissensbeschaffungsverfahren untersucht und der Wissenstransfer zwischen den verschiedenen AkteurInnen sowie amtlichen Stellen analysiert. Dabei zeigt sich, wie die Personen als „Schützlinge“ konstituiert wurden und welche fallspezifische Narrative einer nicht-Bewährung zugrunde lagen, die zum Widerruf der bedingt ausgesprochenen Strafe führten. Schliesslich wird

auch der Handlungsspielraum der unter Schutzaufsicht stehenden Menschen beschrieben und dargelegt, welche Anpassungs- und Widerstandsstrategien sie verfolgten.

Bei 17 Prozent der untersuchten Fallakten endete die Schutzaufsicht mit einer Rückversetzung in die Anstalt oder dem Widerruf der bedingt ausgesprochenen Strafe. Dabei machte sich jedoch nur rund die Hälfte aller „Schützlinge“ erneut strafbar. Ein Grossteil der Rückversetzungen stützte sich auf Verstösse gegen die bewährungsrelevanten Weisungen oder den Rückversetzungsgrund des „sich der Schutzaufsicht entziehen“. Mit Rückgriff auf Foucaults These, nach der ab Mitte des 19. Jahrhunderts eine Überlagerung des Gesetzes durch die Norm stattfand, kann festgehalten werden, dass durch die Fokussierung auf die Lebensgestaltung der „Schützlinge“ die Grenze zwischen öffentlicher und privater Sphäre, zwischen strafrechtlich sanktionierter Tat und „ungeordneter Lebensführung“ bisweilen vollständig verschwand.

Das Fallaktenstudium verdeutlichte, dass die Fürsorgekonzeptionen, welche der Schutzaufsichtsarbeit in den 1960er Jahren zugrunde lagen, stark moralisierend und bevormundend waren. Die Interventionen der FürsorgerInnen griffen erstaunlich weit in die persönliche Freiheit der unter Schutzaufsicht stehenden Personen ein.

Stigmatisierend wirkende Massnahmen, wie unangemeldete Hausbesuche und Visiten am Arbeitsplatz unterliefen die integrierenden Absichten des Amtes. Das Schutzaufsichtspersonal vermittelte im Kontakt mit den „Schützlingen“ bürgerliche Ideen von nüchternem Lebenswandel, Sauberkeit, Familienidylle und Arbeitsamkeit. Die Leitbilder dieser Betreuung und die Ausgestaltung der Schutzaufsichtspraxis erinnern an Methoden der philanthropischen Entlassenenfürsorge anfangs des 20. Jahrhunderts. Fürsorgekonzepte, welche in den 1950er Jahren in anderen fürsorgerischen Bereichen Fuss fassten, wie das „Social-Case-work“, wurden von den Berner AkteurInnen nicht rezipiert. Dass kontrollierende Betreuungskonzepte bis in die 1960er Jahre Anwendung fanden, so die These, lag sowohl an der Unterstellung des Schutzaufsichtsamtes unter die Polizeidirektion wie auch an der Konstanz der Persönlichkeiten im Dienst des Schutzaufsichtsamtes, welche das Amt teilweise über zwei Jahrzehnte hinweg prägten.

Resultate dieser Forschungen werden als Aufsatz in folgender Publikation erscheinen:

Eliane Forster, Die Berner Schutzaufsicht in den 1960er Jahren: Akteurin zwischen Hilfe und Kontrolle, in: „100 Jahre Bewährungshilfe“, Hg. von Brigitte Studer/ Sonja Matter, Bern 2011.



Stéphanie Fuchs

### *„Ich bin kein Nazi, aber Deutscher“*

*Wahrnehmungen und Deutungen deutscher Offiziere und Unteroffiziere in Kriegsgefangenschaft in „Fort Hunt“ während des 2. Weltkrieges*

Masterarbeit bei Prof. Dr. Sönke Neitzel

Kriegsgefangene stellten im Zweiten Weltkrieg eine wichtige Informationsquelle dar für die Kriegsmächte. Vor allem die Alliierten setzten mit fortschreitendem Kriegsverlauf immer stärker auf die Informationspreisgabe der Gefangenen. Davon versprachen sie sich aber nicht nur kriegsrelevante Angaben über den Feind, sondern versuchten auch,

die moralische Einstellung der Gegner zu erfassen. Gerade im Fall der deutschen Kriegsgefangenen erwiesen sich die während des Krieges neu entwickelten Verhör- und besonders auch Abhörmethoden als äusserst ergiebige Nachrichtenquellen. Bis heute ist in der Forschung noch nicht abschliessend geklärt, wieso die deutschen Wehrmachts-

angehörigen so stark mit dem eigentlichen Feind kooperierten. Der britische Geheimdienst nahm bei der Gefangenenbefragung eine Vorreiterrolle ein und führte als zentrale Neuerung die Installation von Mikrofonen in den Zellen ein, um die Gespräche der Gefangenen abzuhören. Das ganze Verhör- und Abhörsystem wurde anschliessend von den Amerikanern übernommen und professionalisiert. Bis zum Kriegsende wuchs die Zahl der deutschen Kriegsgefangenen in den USA auf rund 378'000 an. Deren Aussagen in den Verhören und den Raumgesprächen wurden in den Gefangenenlagern mitgeschnitten, je nach Wichtigkeit des Gesagten niedergeschrieben und anschliessend archiviert. Trotz dem den Verhören und abgehörten Gesprächen beigemessenen Einfluss während des Krieges, spielen diese Dokumente in der Forschung nach wie vor eher eine Nebenrolle, da dem Verhör oft ein Beigeschmack von physischer und psychischer Gewaltanwendung innewohnt. Ein Vorwurf, welcher sich dadurch relativiert, als dass in amerikanischen Lagern auf den Einsatz von Gewalt soweit möglich verzichtet wurde. Diese Masterarbeit nimmt sich genau diesem Quellenbereich an und analysiert rund 2100 Seiten Verhör- und Abhörprotokolle von Offizieren und Unteroffizieren aus dem Gefangenenlager in Fort Hunt bei Washington. Die Quellen stammen aus

den National Archives and Records Administration (NARA). Das Ziel der Arbeit bestand darin, die Wahrnehmungen und Deutungen deutscher Offiziere und Unteroffiziere, die während des 2. Weltkriegs in Fort Hunt in Kriegsgefangenschaft geraten waren, zu untersuchen. Zudem sollte aufgezeigt werden, inwiefern die Situationsänderung „Krieg – Gefangenschaft“ diese beeinflusst und die Deutungsmuster der Gefangenen neu definiert. Dabei wird auf einen neuen Forschungsansatz des Sozialpsychologen Harald Welzer („Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden“) zurückgegriffen.

Die Grundthese der Publikation bringt dieses Handeln von Menschen — im Falle der Agierenden innerhalb der Armee das Töten — in Zusammenhang mit den Referenzrahmen. Innerhalb dieses Rahmens wird die Handlung eingeordnet. Dies ermöglicht es der jeweiligen Person, ihre Taten als etwas von ihr Unabhängiges zu betrachten.

Die Masterarbeit entstand im Rahmen des Projekts „Referenzrahmen des Krieges. Wahrnehmungen und Deutungen von Soldaten der Achsenmächte, 1939-1945“. Dieses wurde vom Historiker Sönke Neitzel und dem Sozialpsychologen Harald Welzer in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Historischen Institut in Rom und in Kooperation mit dem Institut für Zeitgeschichte initiiert.



Simone Gerber

*Verwaltungshandeln im Bereich Schule in der Helvetik (1798-1803)*  
*Die Korrespondenz zwischen der Helvetischen Exekutive und den thurgauischen Behörden*

Masterarbeit bei Prof. Dr. Heinrich R. Schmidt

Die Gründung der Helvetischen Republik im April 1798 brachte zahlreiche Neuerungen mit sich. So wurden unter anderem die Untertanenverhältnisse abgeschafft, ein fortschrittlicheres Steuersystem eingeführt und es etablierte sich ein neues Menschen- und Bildungsideal: Die neu gebildete Regierung startete eine Schul- und Bildungsoffensive, welche die Schulbildung für alle

Stände vorsah, die Schulpflicht einführen, das Angebot an Volksschulen vergrössern und die Qualität des Unterrichtes verbessern sollte.

Mit Hilfe von Korrespondenzen zwischen den Helvetischen Behörden und den Instanzen im Kanton Thurgau soll ein Bild darüber gezeichnet werden, wer in der Helvetik den Staat, die kantonalen und die lokalen Instanzen repräsentierte und welchen

Einfluss die Repräsentanten auf das Erziehungswesen hatten. Dabei stellt sich die Frage, welche Instanzen (zentral, kantonal oder lokal) die Schule prägten. Zudem wird nach der Rolle der Geistlichen im Schulwesen gefragt.

Die Briefwechsel bilden ein aussergewöhnliches und erstaunlicherweise bis heute kaum genutztes Quellenkorpus zur Erforschung der Schulverwaltung in der Helvetik. Die Positionen der einzelnen Akteure zur Schule können erschlossen werden und eine Beschreibung der Zuständigkeiten und der Interaktionen der einzelnen Instanzen ist möglich. Die Quelle positioniert sich in einer spannenden, von Gegensätzen, Aufbruch, Umbruch und Niedergang bestimmten Epoche. Daher können auch Elemente dynamisierender und kontinuierlicher Entwicklungen entdeckt werden.

Die Arbeit gliedert sich in drei Teile, wobei der erste den kontextuellen Rahmen und die beiden anderen die empirischen Teile darstellen. Der zweite Teil präsentiert eine inhaltliche Auswertung der Korrespondenzen, in welchem die Akteure genannt werden, nach den Schwierigkeiten in der Schulverwaltung gefragt wird, Kontinuitäten und Diskontinuitäten im Verwaltungsapparat und hinsichtlich den Innovationen im Vergleich zum Ancien Régime aufgezeigt werden und eine Analyse der Eigenständigkeit der kantonalen und lokalen Ebene bezüglich des Schulwesens gemacht wird. Der dritte Teil behandelt den Schreibstil der Briefe, untersucht anhand der Bittschriften. Dabei stellen sich Fragen wie: Inwiefern wurde die Sprache bewusst verwendet, wie wurde argumentiert und wurden gewisse Schreibtechniken aus dem Ancien Régime übernommen?

Die Helvetischen Instanzen hatten hinsichtlich des Erziehungswesens mit etlichen Problemen

zu kämpfen. Zum einen mit der schlechten Finanzlage, die durch die drückenden Lasten der Besatzungsmacht mit verursacht war, mit der überlasteten Verwaltung und nicht zuletzt mit der Kluft zwischen der idealen Vorstellung über den Menschen und der Realität. Diese Probleme waren trotz übernommenen und bewährten Strukturen aus dem Ancien Régime nicht zu bewältigen. So blieben auf der Ebene der Helvetischen Republik viele Projekte zur verbesserten Schulbildung aufgrund der genannten Schwierigkeiten weitgehend unverwirklicht.

Die Ergebnisse der Quellenauswertung führen zur Schlussfolgerung, dass im Helvetischen Schulsystem von einem systemischen Zusammenhang zu sprechen ist, in dem weder Kirchen noch Kanton noch Gemeinden noch Staat ein Schulmonopol besaßen. Die Wirkungsfelder von Staat, Kanton, Kirche und Gemeinde können nur schwierig voneinander abgegrenzt werden, vielmehr macht es Sinn, von Schnittmengen zu sprechen. In der Schnittmenge finden sich die von den vier Akteuren gemeinsam anerkannten und verfolgten Bildungsziele und -inhalte.

Die Untersuchungen zum Schreibstil ergeben, dass in den Bittschriften bewusst mit der Sprache gearbeitet wurde und die Petitionen deshalb so formuliert waren, dass sie auf den Entscheidungsträger möglichst überzeugend wirkten. Für die Kontinuität in den Petitionen spricht die durchgehende Verwendung der Bittschriften als Kommunikationsmittel. Für Diskontinuität jedoch spricht der veränderte Ton in den Bittschriften. Während dieser im Ancien Régime noch sehr unterwürfig klang, war die Helvetische Republik von einem frischeren und selbstbewussteren Ton gekennzeichnet.



Joël Graf

*Die Manifeste Emiliano Zapatas während der mexikanischen Revolution  
(1911-1919)*

*Eine Analyse anhand des Konzepts der Selbstlegitimierung*

Masterarbeit bei Prof. Dr. Arndt Brendecke

Die Manifeste Emiliano Zapatas entstanden während der mexikanischen Revolution im Zeitraum von 1911 bis 1919. Es handelt sich dabei um an die Bevölkerung gerichtete Proklamationen, in denen die politischen und sozialen Ziele der zapatistischen Bewegung bekanntgemacht wurden und Aufrufe zur Unterstützung des bewaffneten Kampfes erfolgten.

Die vorliegende Studie untersucht diese Quellen unter dem Aspekt der Selbstlegitimierung. Die Bedeutung dieses Konzepts liegt in dessen Relevanz für das Handeln sozialer Akteure begründet. Es zeigt auf, wie versucht wird, ein Sachverhalt in Übereinstimmung mit geltenden Normen zu bringen. Normen wiederum sind die Grundlage aller sozialen Handlungen. Ausgehend von diesem theoretischen Verständnis wird in der Quellenanalyse auf zwei Kategoriensysteme zurückgegriffen, mit denen sich Strategien der Selbstlegitimierung in den zapatistischen Manifesten nachweisen lassen. In einer Synthese werden schliesslich die einzelnen Elemente, welche die Selbstlegitimierung bestimmen (Akteure, Entität, Normen, Sachverhalt) für die zapatistischen Manifeste untersucht.

Die Ergebnisse dieser Arbeit liegen einerseits in der Erarbeitung eines theoretisch-methodischen Konzepts der Selbstlegitimierung, das sich für ge-

schichtwissenschaftliche Untersuchungen eignet. Besondere Bedeutung kommen dabei der Erweiterung eines rein etatistisch-hierarchischen Ansatzes sowie der Berücksichtigung einer nach innen gerichteten Dimension der Selbstzuschreibung von Legitimität zu. Andererseits werden die ans Volk gerichteten Manifeste Emiliano Zapatas zum ersten Mal systematisch untersucht. Es zeigt sich, dass es bei ihnen nicht in erster Linie um die Legitimierung von ideologischen Überzeugungen, sondern um jene des bewaffneten zapatistischen Kampfes geht. Dabei nimmt der übergeordnete Diskurs, dem sich die Verfasser der Manifeste ausgesetzt sahen, eine entscheidende Rolle ein. Diese Resultate weisen darauf hin, dass die in der Forschung bestehende Tendenz, die Manifeste in erster Linie als Ausdruck einer authentischen zapatistischen Ideologie zu sehen, kritisch reflektiert werden muss. Weiter werden das komplexe Verhältnis zwischen Zapata, seinen „jefes“, den Intellektuellen und den übrigen Zapatistas sowie die damit verbundenen Konsequenzen für die Interpretation zapatistischer Quellen beleuchtet. Zudem können anhand der Manifeste Brüche und Kontinuitäten in der zapatistischen „Revolución del Sur“ nachgewiesen werden.



*Die Israelitische Kultusgemeinde Bern in den 1930er und 1940er Jahren*  
*Ein schweizerisch-jüdisches Selbstverständnis in Krisenzeiten*

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Gerlach

Angesichts der Erstarkung des Antisemitismus in Europa in den 1930er Jahren schritten auch die Juden in der Schweiz zur Abwehr gegen diese Bedrohung. Durch eine verstärkte Bezeugung der patriotischen Gesinnung und das Aufzeigen von Parallelen zwischen jüdischem und schweizerischem Werteverständnis sollte ersichtlich werden, dass die Juden im Land durch und durch loyale Schweizer waren. Ihr wichtigstes Ziel war die Verteidigung der Gleichberechtigung der jüdischen Minderheit in der Eidgenossenschaft, welches mit Blick auf das Schicksal ihrer Glaubensgenossen in den Nachbarländern, aber auch durch die Haltung gewisser Kreise in der Schweiz, einer bedrohlichen Ungewissheit gegenüberstand.

Das Ziel dieser Arbeit ist es, vor dem Hintergrund der Ereignisse der 1930er und 1940er Jahre sowie in Anbetracht der Entwicklung der Geschichte der Juden in Europa und insbesondere der Schweiz, ein jüdisches bzw. schweizerisch-jüdisches Selbstverständnis aufzuzeigen, das sich im Verhalten und der Auseinandersetzung der Schweizer Juden mit dem Antisemitismus und ferner dem Zionismus zu erkennen gibt. Die Untersuchung behandelt die Israelitische Kultusgemeinde Bern (IKGB) — seit 1982 unter dem Namen Jüdische Gemeinde Bern (JGB) — und deren Mitglieder. Als Quellenmaterial dienen die Dokumente des Archivs der Jüdischen Gemeinde Bern.

In den Kapiteln 2 und 3 der Masterarbeit sollen die Ausführungen zur Identität und Geschichte der Juden in Europa und insbesondere in der Schweiz als Rahmenbedingungen für die Untersuchung der Quellen, deren Analyse und Einordnung, dienen. Ein immer wieder auftauchender Bezugs- und Orientierungspunkt — auch im Quellenteil — ist der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG), der Dachverband der jüdischen Gemeinden in der Schweiz. Kapitel 4 beinhaltet einen Überblick über die Geschichte der Juden in Bern und der jüdischen Gemeinde Berns ab der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn der 1930er Jahre sowie die Entwicklung der Gemeinde ab den

1950er Jahren.

Die Kapitel 5, 6 und 7, die chronologisch in Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegsjahre unterteilt sind, bilden den Hauptteil der Masterarbeit. Vor dem Hintergrund der zuvor vermittelten Informationen und mit Blick auf die Frage nach dem Selbstverständnis wendet sich die Studie hier den Quellen der jüdischen Gemeinde Berns aus den 1930er und 1940er Jahren zu. Die Abwehr und der Kampf gegen den Antisemitismus, die Flüchtlingshilfe und die Zusammenarbeit mit dem SIG bilden die tragenden Themen, die in den Quelldokumenten dieser Krisenjahre hervortreten. Die Abwehr gestaltete sich als Aufklärungsarbeit und Stellungnahme gegenüber den Schweizer Behörden und der Schweizer Bevölkerung. Die Arbeit der IKGB konzentrierte sich zunehmend auf die Flüchtlingshilfe, die mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs und dessen Folgen zusätzliche Mittel benötigte und zu einem grossen Teil auf den Schultern der Juden lastete. Sie waren in doppelter Hinsicht verpflichtet: als Jude gegenüber dem jüdischen Volk und als Schweizer gegenüber der Eidgenossenschaft.

Die Organisation der Abwehr und Flüchtlingshilfe stand unter dem Dach des SIG, der die Leitung über die Aufgaben, aber auch über das Verhalten der Schweizer Juden übernahm. Es bestanden viele Parallelen im Vorgehen auf nationaler und Gemeindeebene und die IKGB verhielt sich gegenüber dem SIG, den Schweizer Behörden und der Schweizer Bevölkerung weitgehend loyal.

Gerade in dieser Krisenzeit trat die Bekundung der Zugehörigkeit zum Schweizer Volk und Staat mit Nachdruck hervor. Man kann von einem bodenständigen, traditionellen Patriotismus der IKGB sprechen. Dies zeigt sich auch in der Haltung zum Zionismus. Dem begegnete die Mehrheit der Gemeindemitglieder zunächst mit Ablehnung, da man keinen Anlass sah, der Schweiz als Heimat den Rücken zu kehren. Mit dem Anstieg des Antisemitismus gewannen die national-jüdischen Ideen auch in der IKGB an Akzeptanz.



Die Identität, die bei den Mitgliedern der Israelitischen Kultusgemeinde Bern hervortritt, zeichnet sich in den untersuchten Jahren und in Bezug auf die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus und dem Zionismus als eine vorwiegend auf das Kollektiv bezogene aus. Dieses Kollektiv kann verschiedene Perspektiven umfassen: Eine Perspektive umfasst die IKGB-Mitglieder, eine wei-

tere alle Schweizer Juden. Eine dritte Sicht ist jene des Mitglieds der jüdischen Gemeinschaft weltweit, eine vierte die Haltung als Schweizer Bürger. Je nach Situation treten diese Perspektiven in den Vorder- oder Hintergrund und werden von einem jüdischen, einem schweizerischen oder in den allermeisten Fällen von einem schweizerisch-jüdischen Selbstverständnis getragen.



Kim Hasler

### *Radikaler Reformpatriotismus und Revolution*

*Hans Conrad Eschers staatspolitisches Verständnis im Spiegel seiner parlamentarischen Tätigkeit während der Helvetik*

Masterarbeit bei Prof. Dr. André Holenstein

Die Epoche der Helvetischen Republik gehört zu den spannendsten Abschnitten in der Schweizer Geschichte. Die Helvetik stand im Spannungsfeld zwischen Kräften der gesellschaftlichen und politischen Erneuerung auf der einen und denjenigen der Beharrung auf der anderen Seite. Aufklärung, Helvetische Revolution, neue Ordnungsvorstellungen und die Patriotenbewegung sind Schlagworte für diese bewegte Zeit, welche stark von Männern geprägt worden ist, die sich interessanterweise aus den traditionellen Eliten des Ancien Régime rekrutierten. Hans Conrad Escher (1767-1823) war eine dieser Persönlichkeiten. Der Spross einer prominenten Familie der alten Zürcher Machtelite war von 1798 bis 1800 Mitglied des Grossen Rats — und später div. weiterer Räte —, wo er sich durch Reformen von oben um politische Veränderungen rational-utilitaristischen Charakters bemühte.

Ausgehend von Eschers politischem Wirken im helvetischen Grossen Rat untersucht die Arbeit, in welcher Beziehung sein staatspolitisches Verständnis zu den prägenden Strömungen seiner Zeit stand. So wird einerseits der Frage nachgegangen, welche Wirkung die Rezeption von gesellschafts- und staatstheoretischen Schriften auf Eschers Weltbild hatte. Andererseits wird ermittelt, wie er

seine Überzeugungen als Grossratsabgeordneter zum Ausdruck brachte und ob er sie im politischen Alltag praktisch umsetzen konnte.

Der analytische erste Teil der Arbeit (Kap. 2) stellt Escher als radikalen Reformpatrioten vor, dessen politisches Verständnis stark von Jean-Jacques Rousseaus und Immanuel Kants Ausführungen gesellschafts- und staatstheoretischer Natur beeinflusst war. So wird aufgezeigt, wie Escher in der Tradition des kontraktualistischen Denkens die Gesellschaft als eine Verbindung freier und vernünftiger Individuen (Gesellschaftsvertrag) und die Regierung als ausführendes Organ des Volkswillens (vgl. Rousseaus „volonté générale“) sah. Auch wird darauf eingegangen, dass er die Bedeutung einer gebildeten und durch das Volk legitimierten Staatsverwaltung hervorhob. Die Bildungsideale der Aufklärung, der vernunftsoptimistische Zeitgeist und die Konzepte von Nutzen und Patriotismus werden dabei als bestimmende Grössen von Eschers politischer Weltanschauung ausgemacht, die u.a. seine Vorlesungstätigkeit zur Verbesserung der politischen Bildung von Regierungsamtswärtern sowie seinen Einsatz für die Entstehung einer politischen Öffentlichkeit motivierten.

Im empirischen Teil der Arbeit (Kap. 3 u. 4)

werden die vorgängig dargelegten staatsrechtlichen Vorstellungen Eschers im Kontext seiner politischen Tätigkeit als Grossratsmitglied der Helvetischen Republik diskutiert. Auf der Grundlage seiner Wortmeldungen zu zwei ausgewählten Themenkreisen — zum einen der Debatte um die sog. Patriotenentschädigung und zum anderen der Frage nach dem staatspolitischen Verhältnis zwischen Frankreich und der Helvetischen Republik — wird erörtert, inwiefern Eschers gesellschafts- und staatsrechtliche Ansichten seine parlamentarische Tätigkeit in der Legislative formten, und welche Reaktionen sein Verhalten im Grossen Rat hervorrief. Es wird gezeigt, dass Eschers Wortmeldungen das Bild eines Mannes zeichnen, der seinem frühliberalistischen Staatsideal auch im politischen Alltag treu blieb. Der Schutz des Privateigentums als Fundament der bürgerlichen Gesellschaft und primärer Staatszweck war ihm ein zentrales Anliegen, ebenso die unbedingte Wahrung der Rechtsstaatlichkeit sowie die Abwehr jeder Art von eigennütziger parlamentarischer Willkür. Die einzige Quelle der Legitimität staatlichen Handelns sah Escher in dessen Legalität (Gesetzeskonformität), die Sicherheit vor obrigkeitlicher

Willkür setzte er der wahren Freiheit eines Volkes gleich. Daher schien es ihm auch selbstverständlich, die Vormachtsstellung Frankreichs in der Schweiz zu kritisieren und sich für die helvetische Autonomie einzusetzen.

Der letzte Teil der Arbeit (Kap. 5) widmet sich der Auswertung und Synthese der gewonnenen Erkenntnisse. Escher wird in Bezug zum schweizerischen Frühliberalismus gesetzt, seine Überzeugungen werden sehr wohl als reformpatriotisch, nicht aber als radikalrevolutionär eingeschätzt. Abschliessend wird versuchsweise eine Neuinterpretation von Eschers politischem Wirken diskutiert — und verworfen.

So lässt die Arbeit Escher als Mann des Übergangs — als Mann „zwischen Stuhl und Bank“ — erscheinen, der nicht nur während der Helvetik, sondern auch vor 1798 und nach 1803 konsequent für die Ideale seines frühliberalen Staats- und Gesellschaftsverständnisses eintrat und aufgrund seines nicht ausschliesslich politischen Schaffens zu jenen Persönlichkeiten gezählt werden kann, die durch ihr Engagement die Entwicklung der Schweiz entscheidend beeinflussten.



Marc André Herren

### *„1968“ — Eine „globale Revolution“?*

*Eine Untersuchung zur „globalen Qualität“ von „1968“ anhand von internationalen Einflüssen und Verbindungen der Protest- und Befreiungsbewegungen von „68“*

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Gerlach

Trotz der weit verbreiteten Rede von „1968“ als „globaler Revolution“ beschränken sich viele historische Darstellungen nur auf einen Ausschnitt der internationalen Ereignisse von „1968“. Zahlreiche Autoren gehen von einer „globalen Qualität“ der „68er“ aus, ohne jedoch den Ereignissen in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, also der „Dritten Welt“, besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Insbesondere die Einflüsse und Verbindungen zwischen den Protest- und Befrei-

ungsbewegungen der „Dritten Welt“ sind noch wenig untersucht. Und obschon es umfassende Untersuchungen zur Beeinflussung der Studentenbewegungen in den USA und Europa durch die Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt“ gibt, ist die umgekehrte Einflussrichtung noch kaum erforscht.

In dieser Masterarbeit werden die internationalen Verbindungen und Einflüsse an ausgewählten Beispielen von Protest- und Befreiungsbewegungen

in Ländern des subsaharischen Afrika, Nordafrikas, des „Nahen Ostens“ sowie Asiens untersucht. Dabei steht die Frage nach der „globalen Qualität“ von „1968“ im Zentrum. Die Arbeit will einen möglichst breiten Überblick über die Einflussarten und -kanäle geben. Ausserdem werden aus den untersuchten Einflüssen und Verbindungen einige — aufgrund der Breite der Untersuchung eher suggestive denn definitive — Schlussfolgerungen gezogen. Dabei soll eher ein Ein- und Überblick zu einem wenig erforschten Themenkreis von „1968“ gegeben werden, der als Ausgangspunkt für weitere Untersuchungen dienen könnte.

Die Masterarbeit untersucht den Zeitraum von 1966 bis 1969 und ist in drei Teile gegliedert. Den ersten Teil bildet eine umfassende, wenn auch kaum abschliessende internationale Chronologie der Ereignisse der Protest- und Befreiungsbewegungen sowie wichtiger politischer Ereignisse zwischen 1966 und 1969, die im Rahmen dieser Masterarbeit zusammengestellt wurde. Dazu vereint die Arbeit bereits in der historischen Sekundärliteratur vorhandene Chronologien zu „1968“ und erweitert diese mit Ereignissen aus den untersuchten Quellen. Im zweiten Teil der Arbeit werden dann vor dem Hintergrund dieser internationalen Chronologie Verbindungen, Kontakte und Einflüsse zwischen Protest- und Befreiungsbewegungen im Senegal, in Guinea-Bissau, Mosambik, Südafrika, Ägypten, Israel, Marokko, Libanon, Pakistan und Indien anhand verschiedener Quellen herausgearbeitet und untersucht. Bei den verwendeten Quellen handelt es sich um Berichte und Erinnerungen von Zeitzeugen, Aufzeichnungen von Reden und Kongressen der verschiedenen Akteure und Gruppierungen, eigene Publikationen

von Gruppierungen der Befreiungs- und Protestbewegungen sowie zeitgenössische Zeitungs- und Zeitschriftenartikel. Die festgestellten Einflüsse und Verbindungen werden im dritten Teil der Arbeit strukturiert und in einer „Diffusionstheorie“ verortet. Dabei werden die Einflüsse in direkt-relationale und indirekte Verbindungen unterteilt.

Die Untersuchung zeigt, dass die inter- und transnationalen direkt-relationalen Verbindungen zwischen den verschiedenen Gruppierungen der Befreiungs- und Protestbewegungen wichtige Ausgangspunkte für eine erste „Zuschreibung von Ähnlichkeiten“ waren, die eine weitere Diffusion über indirekte Kanäle, allen voran den „Medien“, befördert haben.

Die Arbeit kommt zum Schluss, dass sich eines der wichtigsten Elemente hinter dem Anspruch einer „globalen Revolution“ der „68er“ in „kognitiven Identitäten“ und „kollektiven Sinnkonstruktionen“ findet. Die Arbeit versucht hier zu zeigen, welchen Einfluss die Vorstellung eines „gemeinsamen Kampfes in der Weltrevolution“ auf die Protest- und Befreiungsbewegungen gehabt hat und wie diese Vorstellung in der Folge auch das Bild von „68“ beeinflusst hat. In diesem Zusammenhang werden auch Differenzen deutlich gemacht, welche die „Sinnkonstruktionen“ in verschiedenen Ländern und „Regionen“ unterschiedlich beeinflusst haben. Vor diesem Hintergrund wird die „Chiffre 1968“ kritisch betrachtet. Die Arbeit kommt hier zum Fazit, dass der „historische Marker“ „1968“ zwar durchaus eine „globale Qualität“ aufweist, jedoch im Hinblick auf die Protest- und Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt“ vorsichtig verwendet werden sollte.



Nadine Höin

## *Die nationalsozialistische Verfolgung der „Asozialen“ aus dem Blickwinkel der Rassenhygiene*

*Eine Suche nach Kontinuitäten, Brüchen und politischer Manipulation*

Masterarbeit bei Prof. Dr. Stig Förster

Diese Arbeit befasst sich mit der Verfolgung der „Asozialen“ unter nationalsozialistischer Herrschaft sowie der damit einhergehenden Rolle der Rassenhygieniker. Die Tatsache, dass Wissenschaftler massgeblich an der Formulierung und Implementierung nationalsozialistischer Politiken beteiligt waren, ist hinlänglich bekannt. Kontroversen bildeten sich jedoch an der Frage heraus, inwieweit die wissenschaftliche Arbeit dieser Zeit als eigenständig und politisch unbeeinflusst gelten kann. Die tatsächliche Verantwortung der Rassenhygieniker wurde bisher vor allem im Bezug auf die Verfolgung „Fremdrassiger“ untersucht. Das Thema der Verfolgung „asozialer“ Menschen ist dagegen noch nicht sehr lange und intensiv erforscht. Anhand einer Analyse von rassenhygienischen Fachzeitschriften aus den Jahren 1904 bis 1945 wird der wissenschaftliche Diskurs im Bezug auf diese Opfergruppe, auch „Gemeinschaftsunfähige“ genannt, nachgezeichnet. Die Suche nach Kontinuitäten und Brüchen sowie ein Vergleich mit eugenischen Massnahmen im Ausland sollen Anhaltspunkte für die Frage nach einer Manipulation der Rassenhygiene liefern.

Der Begriff des „Asozialen“ bildete sich erst in den 30er Jahren als Überbegriff für Menschen heraus, deren Verhalten nicht der gesellschaftlichen Norm entsprach. Viele der später als „Asoziale“ verfolgten Menschen wurden aber schon Anfangs des 20. Jahrhunderts als erblich „minderwertig“ bezeichnet. Vor allem Alkoholiker, Prostituierte und Verbrecher rückten in den Fokus der Rassenhygieniker. Nach dem Ersten Weltkrieg entwickelte sich die rassenhygienische Forschung dahin, unerwünschtes und normabweichendes Verhalten als erblichen psychischen oder geistigen Defekt zu definieren. Im Zusammenhang mit der Forderung nach der Sterilisierung dieser „Ballastexistenzen“ erschienen zahlreiche Studien, welche die „Asozi-

alen“ unter einer der anerkannten Erbkrankheiten wie Schwachsinn, Epilepsie oder Schizophrenie zusammenfassten. Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung konzentrierten sich die Rassenhygieniker vermehrt auf „asoziale“ Sippen und Grossfamilien und stellten damit die Verbindung zwischen erblicher und sozialer Minderwertigkeit her. Die rassenhygienischen Forderungen richteten sich ganz klar gegen die unteren sozialen Schichten und zielten in erster Linie auf eine breite Sterilisierungspolitik.

In diesem Diskurs lassen sich eindeutige Kontinuitäten feststellen. Der Kreis der Personen, denen eine moralische Minderwertigkeit oder eben „Asozialität“ nachgesagt wurde, veränderte sich kaum, nur die Art der Definition passte sich an. Die Forderung nach einer Sterilisierung dieser Personen tauchte bereits 10 Jahre vor der nationalsozialistischen Machtergreifung auf.

Eine eugenische Gesetzgebung wurde ausser in Deutschland auch in zahlreichen anderen, demokratischen, Ländern wie Schweden oder der Schweiz eingeführt. Die deutsche rassenhygienische Bewegung war programmatisch nicht von der internationalen verschieden. Der Unterschied ergab sich durch die radikale politische Umsetzung der geforderten Massnahmen durch die Nationalsozialisten.

Auf Grund der getätigten Untersuchung muss der Theorie einer Manipulation der rassenhygienischen Forschung durch die Politik widersprochen werden. Das Forschungspotenzial im Bezug auf diese Thematik ist jedoch noch nicht ausgeschöpft. Es wäre zum Beispiel informativ zu untersuchen, wie die deutsche rassenhygienische Bewegung im Ausland aufgenommen und beurteilt wurde. Auch die Suche nach Kontinuitäten und Brüchen in dieser Thematik nach 1945 würde weitere Ergebnisse liefern.



Markus Kindler

*Zwischen humanitärer Tradition und Eigeninteresse: Aufnahme von Flüchtlingen in der Schweiz*

*Eine Untersuchung von drei Fallbeispielen zur Schweizerischen Aufnahme von Kontingentflüchtlingen zwischen 1960 und 1980*

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Gerlach

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit Kontingentaufnahmen von Flüchtlingen, die zwischen 1960 und 1980 vom Schweizerischen Bundesrat beschlossen wurden. Mit der Untersuchung der drei Fallbeispiele Tibet (untersuchter Zeitraum 1959 bis 1963), Chile (1973 bis 1976) und Vietnam (1975 bis 1981) will der Autor vier Ziele erreichen:

Da diese Fälle — insbesondere die Aufnahme von Flüchtlingen aus Indochina — bis heute in der Forschung kaum beachtet wurden, werden diese in seiner Arbeit genauer betrachtet. Es wird untersucht, wie es zur Aufnahme der Flüchtlinge kam und welche Akteure mit welchen Begründungen für und gegen eine Aufnahme argumentierten. In einem weiteren Schritt übernimmt Kindler einerseits Thesen, die von anderen Forschern erwähnt werden: Die humanitäre Tradition der Schweiz, die wirtschaftliche Lage und die politische Situation im jeweiligen Flüchtlingsland spielten bei der Aufnahme von Flüchtlingen in der Schweiz eine Rolle. Andererseits stellt er eigene Thesen auf und verweist darin auf den Einfluss der spontanen Öffentlichkeitsakteure, des United Nations High Commission for Refugees (UNHCR) sowie von Überfremdungsängsten in der Bevölkerung. Diese Thesen überprüft er anhand der drei Fälle. Schlussendlich versucht er als viertes Ziel festzustellen, ob für die zuständigen Behörden bestimmte Akteure und/oder Argumente in den Diskussionen rund um die Aufnahme von Flüchtlingen relevant waren.

Um diese Ziele zu erreichen, werden in der Arbeit die drei Fälle mit Hilfe von zwei Quellentypen betrachtet und analysiert. Einerseits berücksich-

tigt der Autor die Akten des Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) und des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), die im Bundesarchiv zur Verfügung stehen. Andererseits untersucht er folgende drei Deutschschweizer Zeitungen: Die Neue Zürcher Zeitung, den Tages-Anzeiger und die Boulevard-Zeitung Blick. Der Fokus in der Untersuchung liegt dabei auf den verschiedenen Akteuren und ihren Argumenten in der Debatte um die Aufnahme von Flüchtlingen.

Kindler kommt in seinem Beitrag zum Schluss, dass das Argument der wirtschaftlichen Lage der Schweiz, der politischen Situation im jeweiligen Flüchtlingsland und auch der Überfremdungsängste in der Bevölkerung nicht in allen drei Fällen zu finden war. Der Verweis auf die humanitäre Tradition der Schweiz in Bezug auf eine Aufnahme von Flüchtlingen bleibt das einzige Argument, welches in allen drei Fällen öffentlich verwendet wurde. Da diese Begründung jedoch von den zuständigen Behörden intern nicht verwendet wird, ist diese laut Autor auch für die Aufnahme von Flüchtlingen nicht relevant.

Für Kindler lassen sich in seiner Untersuchung demnach keine Argumente festmachen, die für das EJPD und EDA eine relevante Rolle in der Debatte um eine Aufnahme von Flüchtlingen aus Tibet, Chile und Vietnam spielten. Anders beurteilt er den Einfluss der verschiedenen Akteure. Er sieht in seiner Arbeit eine Wirkung der spontanen und repräsentierenden Öffentlichkeitsakteure auf die beiden zuständigen Behörden. Internationale Akteure wie das UNHCR spielen dagegen nur in einzelnen Fällen eine Rolle.



## *Wandel und Kontinuität in der Entstehung von Hungersnöten*

*Eine vergleichende Verletzlichkeitsanalyse zwischen vorindustriellen Subsistenzkrisen in Europa und der Hungersnot in Bengalen 1943/44*

Masterarbeit bei Em. Prof. Dr. Christian Pfister

Inwiefern entwickelte sich die Entstehung von Hunger in den letzten Jahrhunderten? Die vorliegende Arbeit fragt nach Kontinuitäten und Differenzen in der Verursachung von akuten Hungersnöten im vorindustriellen Europa und in Bengalen im 20. Jahrhundert. Die Analyse erfolgt an ausgewählten Beispielen. Die vorindustriellen Verhältnisse werden vornehmlich an den Subsistenzkrisen von 1770/71 und 1816/17 in Gebieten des süddeutschen Raums und der Schweiz untersucht. Für das 20. Jahrhundert wird die indische Hungersnot von 1943/44 in Bengalen herangezogen, welche insbesondere vor dem Hintergrund des Kolonialismus und der intensivierten globalen Vernetzung betrachtet wird. Nahrungsmittelproduktion, ökonomische Beziehungen sowie Verteilmöglichkeiten (durch Fortschritte in Kommunikation und Verkehr) durchliefen zwischen den betrachteten Epochen grosse Entwicklungen, was sich grundsätzlich auf den Charakter von Nahrungsunsicherheit auswirkte.

Die vorliegende Arbeit basiert auf drei theoretischen Ansätzen: Im Food-Availability-Dcline-Ansatz werden Hungersnöte wesentlich mit verringertem Nahrungsmittelvorkommen erklärt, was häufig mit umweltbedingten Ernteausfällen — hervorgerufen durch biophysische Faktoren wie Naturkatastrophen oder Klimaschwankungen — zusammenhängt. Dieser Erklärungsansatz wird oft für vorindustrielle Gesellschaften angewandt. Hingegen fokussiert sich der aus der Ökonomie stammende Entitlement-Ansatz auf sozioökonomische Zugangsmöglichkeiten zu bestehenden Nahrungsangeboten. Verschiebungen von Tauschbedingungen auf Märkten (beispielsweise hervorgerufen durch Preiserhöhungen) werden hierbei als hauptsächliche Ursache von Hungersnöten betrachtet. Oftmals werden sozioökonomische Faktoren als zentrale Auslöser von Hunger im 20. Jahrhundert gesehen. Der dritte Ansatz, das Konzept der Verletzlichkeit (Vulnerability), ermöglicht die Berücksichtigung sowohl von biophysischen

als auch von sozioökonomischen Faktoren in der Verursachung von Hungersnöten. Ausserdem trennt das verwendete Verletzlichkeits-Modell interne und externe Ursachen, was gerade im Hinblick auf den Vergleich zwischen vorindustriellen Subsistenzkrisen und der globalen Nahrungsmittelversorgung im 20. Jahrhundert sehr fruchtbar ist. Im Weiteren ist die Unterscheidung zwischen langfristigen/strukturellen und kurzfristigen/direkten Ursachen in der Entstehung von Hunger relevant.

Die Analyse der Verletzlichkeit von vorindustriellen Regionen in Europa und Bengalen in den 1940er Jahren zeigt, dass eine strikte Abgrenzung zwischen natürlichen und sozioökonomischen Faktoren von Hungersnöten zwischen den Epochen nicht sinnvoll ist — es ist von einer Kontinuität auf beiden Ebenen auszugehen. Umweltbedingte Ernteeinbussen beeinflussten auch im 20. Jahrhundert die Verletzlichkeit von Gesellschaften. Umgekehrt zeigt sich für das 18. und frühe 19. Jahrhundert, dass sozioökonomische Faktoren die Verletzlichkeit verschiedener Regionen wesentlich mit prägten. Insbesondere die Anpassungskapazitäten von Gesellschaften und politischen Systemen waren hierbei für grosse Unterschiede zwischen einzelnen Fallbeispielen verantwortlich. Doch vielfältige Modernisierung und die zunehmend globale Nahrungsmittelversorgung führten zu Verschiebungen in der Bedeutung einzelner Faktoren. Während im vorindustriellen Europa kurzfristige Einschnitte auf der Produktionsebene als zentrale Auslöser für Hungersnöte gelten können, waren in Bengalen strukturelle Verarmung und weitreichende, globale Vernetzung in der Entstehung der Hungersnot von 1943/44 entscheidend. Die Bedeutung von externen Einflüssen nahm zu. Die grundsätzlich fortgeschrittenen Anpassungsmöglichkeiten — die besseren Kommunikations-, Transport- und Verteilmöglichkeiten für Nahrung — trugen ausserdem zu der höheren Gewichtung sozioökonomischer Faktoren im 20. Jahrhundert

bei Scheitern oder erfolgreiche Hilfsmassnahmen von Administrationen gewannen damit an Gewicht.



Vinzenz Moser

## *Die Reisen des Schweizer Gewerkschafters Franz Reichmann in die Sowjetunion 1921 und 1926*

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Gerlach

Die Masterarbeit untersucht zwei Reiseberichte aus den Jahren 1921 und 1926, die der aktive Gewerkschafter Franz Reichmann nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion als Zeitungsartikel und im zweiten Fall auch als Buch publiziert hat. Die Untersuchung geht der spezifischen Frage nach, was Reichmann über die sowjetischen Gewerkschaften in seinen Berichten konkret schreibt, aber auch, in welcher Weise er seine Beobachtungen vorträgt. Dabei sollen zudem die von Reichmann benannten Unterschiede der sowjetischen zu den Schweizer Gewerkschaften hervorgehoben werden.

Die Untersuchung gliedert sich in acht Kapitel. Nach den einführenden Worten befasst sich Kapitel zwei mit theoretischen Aspekten zur Gattung „Reisebericht“: Die Entwicklung und der Stellenwert des Reiseberichtes werden mittels eines chronologisch-historischen Längsschnittes beschrieben, wobei auch die Entstehung und Wirkung von Reiseberichten über die Sowjetunion sowie deren quellspezifische Relevanz und Aussagekraft für die Historiografie dargestellt werden. Das dritte und vierte Kapitel widmet sich der russischen bzw. Schweizer Gewerkschaftsgeschichte, wobei gleichzeitig eine Verknüpfung mit Erkenntnissen aus der Politik-, Sozial-, Wirtschafts- und Alltagsgeschichte vorgenommen wurde. Dabei beschreibt das dritte Kapitel die Entstehung und Entwicklung der russischen Gewerkschaften im Zarenreich bis zum Ende der Neuen Ökonomischen Politik, während das vierte Kapitel die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung in der Schweiz bis zu deren Stand am Ende der 1920er-Jahre schildert.

Schliesslich beginnt Kapitel fünf mit biografischen Angaben zu Franz Reichmann, um dann die beiden Reiseberichte von 1921 und 1926 vorzustellen und mit Hinblick auf die Fragestellung zu untersuchen. Abgeschlossen wird die Arbeit mit dem Fazit in Kapitel sechs und der Bibliografie sowie dem Anhang, in dem neben dem Abkürzungsverzeichnis und Abbildungen auch acht Fotografien von Reichmanns zweiter Reise zu finden sind.

Die Ergebnisse der Masterarbeit lassen sich in drei Hauptpunkten zusammenfassen: Erstens ist aus Reichmanns Berichten klar geworden, dass der Schweizer mit deutschen Wurzeln ein fast durchgehend positives Bild von der Sowjetunion, aber auch von der sowjetischen Gewerkschaftsbewegung mit nach Hause genommen hat. Es finden sich nur wenige Kritikpunkte am sowjetischen Gewerkschaftssystem (beispielsweise der schwerfällige bürokratische Aufbau) und Reichmann macht keinen Hehl aus seinen positiv konnotierten Vorstellungen des Landes, das er selbst anerkennend als den „Schrecken der internationalen Bourgeoisie“ bezeichnet hat. Dabei spielte die „Logistik der Fremdbildproduktion“ (Jürgen Osterhammel) bzw. die „techniques of hospitality“ (Sylvia Margulies, Paul Hollander) eine nicht zu unterschätzende Rolle bei der Ausprägung von Reichmanns Reiseerfahrungen.

Zweitens stellen Reichmanns Berichte eine informative Quelle dar, was die sowjetische Gewerkschaftsbewegung anbelangt, auch wenn die Beschreibungen in ihrer Perspektive deutlich gefärbt sind. So war es Reichmann möglich, an zwei Kongressen der russischen Bau- bzw. Holzarbeiter

teilzunehmen, er erhielt Einblicke in den Verband der russischen Post-, Telegraf- und Telefonarbeiter und konnte daneben andere Einrichtungen wie eine Möbelfabrik und Banknotendruckerei besuchen. Reichmanns Berichte zeigen sich zuweilen detailreich und ausführlich, wobei der zweite Bericht von 1926 deutlich mehr Anhaltspunkte bezüglich der Fragestellung liefert als derjenige von 1921. Allerdings finden sich fast keine Vergleiche zu Schweizer Gewerkschaften in den Berichten von Reichmann, obwohl sich dies durchaus angeboten hätte; vermutlich wollte sich Reichmann auf die Berichterstattung konzentrieren und Werturteile vermeiden, die seinem erklärten Ziel, seine Berichte möglichst „objektiv“ zu gestalten, wohl in die Quere gekommen wären.

Drittens hat sich bei der Betrachtung der Reiseberichte die Vorstellung Reichmanns herauskristallisiert, dass der Schweizer die sowjetischen

Gewerkschaften als wichtigen, aktiven und gleichberechtigten Partner der regierenden kommunistischen Partei wahrnahm und auch so darzustellen versuchte. Die Masterarbeit hat gezeigt, dass die sowjetischen Gewerkschaften zwar Einfluss auf die Produktion eines Betriebes nehmen und in ökonomisch-sozialen Bereichen mitreden konnten, sie aber stets in der Rolle des Beraters zu bleiben schienen. In diesem Beraterstatus waren die sowjetischen Gewerkschaften dem Staat nicht nur in hierarchischer Hinsicht untergeordnet, sondern wurden letztlich von den Kommunisten gesteuert und kontrolliert. Lenins Konzeptionen von den Gewerkschaften als „Schulen für den Kommunismus“ und „Transmissionsriemen“ zwischen Staat und Arbeiterschaft hatten sich bereits vor dem Tod des Revolutionärs im Jahre 1924 durchgesetzt, eine Tatsache, die sich auch in Reichmanns Berichten widerspiegelt.



Donato Raselli

*Der Wandel der heilpädagogischen Praxis und Konzepte im Zuge der sozialstaatlichen Entwicklung der Schweiz im 20. Jahrhundert*  
*Das Heim Oberfeld in Marbach (Kanton St. Gallen) – eine Fallstudie*

Masterarbeit bei Prof. Dr. Brigitte Studer

Bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts war die Unterstützung Behinderter in der Schweiz weitgehend von privater Hilfe (wohltätige Vereine) geprägt. Bereits im 19. Jahrhundert waren erste, privat initiierte Erziehungsanstalten (später Heime bzw. Sonderschulen genannt) entstanden, die sich der Bildung und Erziehung bzw. der heilpädagogischen Förderung behinderter Kinder annahmen. Mit dem in der Bundesverfassung von 1874 verankerten Schulobligatorium konnte die Förderung behinderter Kinder durch die öffentliche Hand erstmals auf einer rechtlichen Grundlage eingefordert werden. Um die Jahrhundertwende, einer Zeit, in der sich der Staat durch sozialpolitische Intervention für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit zu sorgen begann, wurden Erziehungsanstalten für

behinderte Kinder vermehrt subsidiär unterstützt und beaufsichtigt; gleichzeitig wurden zu diesem Zweck vereinzelt kantonale Gesetze erlassen. Die Unterstützung der Schulung und Erziehung Behinderter durch die öffentliche Hand erfuhr in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit der Schaffung der Invalidenversicherung (1960) eine Intensivierung und verlagerte sich schwerpunktmässig auf die Eben des Bundes. Mit der wachsenden finanziellen Unterstützung privater Sonderschulen ging eine Verdichtung der gesetzlichen Regelung der heilpädagogischen Praxis einher.

Vor diesem Hintergrund wird die Hypothese aufgestellt, dass mit der Formierung des Sozialstaates auf Kantons- und Bundesebene die Unterstützung privater Sonderschulen durch die öffentliche Hand



zunahm und der Staat dadurch verstärkt Einfluss auf diese Institutionen und deren Erziehungspraxis und -konzepte erlangte. Die Hypothese wird anhand des Fallbeispiels des Heimes Oberfeld in Marbach im Kanton St. Gallen überprüft, welches im Jahre 1910 durch die Gemeinnützige Gesellschaft des Kantons St. Gallen (GGK) für so genannte „schwachsinnige“ Kinder (Kinder mit einer geistigen Behinderung) gegründet wurde. Konkret geht es um die Frage, wie sich die Erziehungspraxis und Erziehungskonzepte im Heim Oberfeld infolge des Einflusses der sozialstaatlichen Entwicklung in der Schweiz bzw. infolge staatlicher Intervention im 20. Jahrhundert verändert haben. Im ersten Teil der Studie werden die Grundzüge der sozialstaatlichen Entwicklung in der Schweiz und die Genese der heilpädagogischen Praxis sowie der Anstalterziehung in der deutschsprachigen Schweiz des 19. und frühen 20. Jahrhunderts skizziert. Im zweiten Teil der Studie wird auf das Fallbeispiel des Heimes Oberfeld eingegangen. Es werden die Gründungsumstände des Heimes dargestellt sowie dessen Trägerschaften (GGK, ab 1994 Stiftung Heim Oberfeld) und Führungsorgane charakterisiert. Der dritte Teil der Studie gilt der Veränderung der Erziehungspraxis und -konzepte des Heimes infolge des Einflusses sozialstaatlicher Entwicklung bzw. staatlicher Intervention. Bei der Darstellung der gesetzgeberischen Tätigkeit des Bundes und des Kantons St. Gallen bezüglich der schulischen und erzieherischen Förderung Behinderter (Leistungen/Bestimmungen) sowie der Einbettung der Sonderschulen in die st. gallische Schulverwaltung werden die beiden Zeitperioden 1910-1959 sowie 1960-2000 auseinander gehalten.

Vor diesem Hintergrund wird der Wandel der Erziehungspraxis und -konzepte des Heimes Oberfeld anhand der Bereiche „Klientel und Personal (Lehrkräfte/Erzieherpersonal)“, „Heimfamilie“, „Schulunterricht“ sowie „Arbeit und Nachbetreuung Ehemaliger“ aufgezeigt.

In der Zeit von 1910-1959 wurde das Heim Oberfeld in erster Linie durch den Kanton unterstützt – der Bund leistete indirekte Beiträge. Dabei nahm der Kanton mehrheitlich mittels allgemein formulierter Bedingungen Einfluss auf den Heimbetrieb. Davon betroffen waren primär die Bereiche der Klientel und des Personals, während die übrigen Bereiche weitgehend von privater Initiative geprägt waren. Mit der Schaffung der Invalidenversicherung kam es ab den 1960er-Jahren zu tiefgreifenden Veränderungen. Zum einen erhöhten sich die Leistungen der öffentlichen Hand. Zum anderen ging damit die Einflussnahme des Bundes auf die Sonderschulen einher. Um von diesen Leistungen profitieren zu können, musste das Heim Oberfeld Bedingungen und Auflagen der Invalidenversicherung, aber auch des Kantons erfüllen. Diese wirkten sich nunmehr auf alle untersuchten Bereiche des Heims aus. Allerdings wurden wesentliche konzeptionelle Veränderungen nach wie vor primär vom Heim initiiert. Sollen die Auswirkungen der staatlichen Unterstützung und Intervention auf die Erziehungspraxis und -konzepte des Heimes auf einen knappen gemeinsamen Nenner gebracht werden, so lassen sie sich mit einer wachsenden Professionalisierung der Betreuung und Unterrichtung der Kinder umschreiben. Die Studie bestätigt am Fallbeispiel des Heimes Oberfeld die eingangs aufgestellte Hypothese.



*Konfessionelle Schulkultur im Kanton Solothurn im 19. Jahrhundert  
am Beispiel des protestantischen Bezirks Bucheggberg*

Masterarbeit bei Prof. Dr. Heinrich Richard Schmidt

In der Masterarbeit wird mittels eines Vergleichs zweier solothurnischer Bezirke untersucht, ob die Konfession im 19. Jahrhundert einen Einfluss auf die Schulverhältnisse hatte. Als Vergleichsbezirke werden in der Arbeit einerseits der reformiert geprägte solothurnische Bezirk Bucheggberg und andererseits der katholisch geprägte solothurnische Bezirk Balsthal-Gäu beigezogen.

Die Methode sowie die Fragestellung der vorliegenden Arbeit werden ausgehend von der Konfessionalisierungs-, der Säkularisierungsforschung sowie Webers Kapitalismusthese entwickelt. Berücksichtigt werden insbesondere Studien, die sich mit dem Einfluss von Realwirtschaft, Wertschätzung und Reformbestrebungen auf die Schule befassen sowie Untersuchungen zu den Phänomenen Konkurrenz sowie protestantisches Milieu. Ferner bedient sich die Arbeit auch der Methode der historischen Diskursanalyse.

Die Analyse der beiden Bezirke erfolgt anhand eines ausdifferenzierten Katalogs von Faktoren, welche auf die Schulverhältnisse Einfluss haben. Nebst dem Einfluss der Konfession werden dabei die Verkehrslage der Gemeinden, deren Funktion als Markttort oder Marktfleck, die geltende Schulgesetzgebung, der Reformeifer, die Wertschätzung der Gemeinden für Schulen sowie das Vorhandensein eines protestantischen Milieus und einer Konkurrenzsituation untersucht. Sodann werden in einem zweiten Teil der Arbeit für jeden der drei Untersuchungszeitpunkte Deutungen der Zeitgenossen betreffend die damals herrschenden Schulzustände und die Schulqualität im Bezirk Bucheggberg analysiert. Damit wird aufgezeigt, welche Rolle die Zeitgenossen in ihren Deutungen dem Faktor Konfession sowie auch anderen Einflussfaktoren beigemessen haben.

Die Analyse der Einflussfaktoren ergab zusammenfassend, dass insbesondere im Zusammenhang mit dem Religionsunterricht (längere Schuldauer, mehr Schulhalbtage) der Einfluss der Konfession auf die Schulzustände signifikant war. Sodann konnte festgestellt werden, dass der reformierte

Bezirk — zumindest in einigen der untersuchten Kriterien — vergleichsweise besser abschnitt und dass im reformiert geprägten Bezirk modernere Fächer gelehrt wurden. Es besteht deshalb Grund zur Annahme, dass im reformierten Bezirk Bucheggberg bessere und modernere Schulverhältnisse vorherrschten als im katholischen Bezirk Balsthal-Gäu.

Ein deutlicher Befund, dass die Unterschiede, welche bezüglich der Schulverhältnisse der beiden Vergleichsbezirke festgestellt werden konnten, konfessionelle Ursachen hatten, ergab sich insbesondere auch aus der Untersuchung der zeitgenössischen Diskussionen über die bucheggbergischen Schulverhältnisse. Dabei zeigte sich, dass die Zeitgenossen der konfessionellen Sonderstellung eine wichtige Rolle für die Schulverhältnisse im Bucheggberg beimassen. Im Rahmen der Untersuchung der geführten Debatten wurden die beiden zentralen Diskursstränge „Sonderstellung des Bezirks Bucheggberg in Schulfragen“ und „Abwehr auswärtiger Einflüsse“, welche im untersuchten Zeitraum zwischen 1830 und 1860 kontinuierlich diskutiert wurden, identifiziert. Im Diskursstrang „Sonderstellung des Bezirks Bucheggberg in Schulfragen“ verwiesen die Zeitgenossen deutlich auf den Zusammenhang zwischen der Konfession und den bucheggbergischen Schulverhältnissen. Dabei wurde mehrfach die Wichtigkeit des Religionsunterrichts für die Schule im Bucheggberg respektive der Zusammenhang zwischen dem Religionsunterricht und der Sonderstellung der bucheggbergischen Schulen betont. Die Auswertung des Diskursstrangs „Abwehr auswärtiger Einflüsse“ ergab sodann, dass im Bezirk Bucheggberg nicht nur ein sogenanntes protestantisches Milieu bestand, sondern auch eine ausgeprägte konfessionelle und geografische Konkurrenzsituation gegenüber dem katholischen Raum herrschte. Das protestantische Milieu förderte durch seine Abgrenzungsbemühungen und die damit einhergehende konfessionelle Konkurrenz die Schaffung einer qualitativ möglichst guten

und modernen Schule. Die enge Verflechtung des reformierten Religionsunterrichts mit der Schule und die Abgrenzung des reformierten Raums vom restlichen Kanton waren schliesslich denn auch

der Hauptgrund, weshalb es im mehrheitlich katholischen Kanton Solothurn lange Zeit unmöglich war, in religionsspezifischen Schulfragen einen gesamtkantonalen Konsens zu finden.



Fabian Schwager

*Die Nuklearwaffentests der Vereinigten Staaten von Amerika im Spiegel des Bulletin of the Atomic Scientists 1945-1963*

Masterarbeit bei Prof. Dr. Stig Förster

Das zentrale Thema dieser Masterarbeit ist die Auseinandersetzung der amerikanischen Wissenschaftlerbewegung mit den Kernwaffentests der Vereinigten Staaten von Amerika. Das Ziel der Untersuchung ist es, den konflikträchtigen wissenschaftspolitischen Diskurs um die Atomtests im Zeitraum von 1945 bis 1963 auf der Basis des Bulletin of the Atomic Scientists aufzuarbeiten. Dabei werden die Leistungen und der Einfluss amerikanischer Atomwissenschaftler bei der Aufklärung der Bevölkerung und der internationalen Öffentlichkeit sowie die historische Bedeutung des Journals aufgezeigt.

Das Bulletin of the Atomic Scientists ermöglichte die Publikation und Diskussion neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse über die Konsequenzen der globalen und lokalen radioaktiven Kontamination, welche durch die Atomtests hervorgerufen wurde. Der Herausgeber des Bulletins, Eugene Rabinowitch, gestattete sowohl Testkritikern, die über einen langen Zeitraum dem Druck und den Diffamierungskampagnen der US-Behörden ausgesetzt waren, als auch Testbefürwortern wie

Edward Teller die Beteiligung an dieser Diskussion. Die internationale Wahrnehmung der Testaktivitäten änderte sich grundlegend nach dem fehlgeschlagenen „BRAVO“-Test am 1. März 1954, bei dem mehrere Personen teilweise tödlich verstrahlt wurden. Häufig anhand wissenschaftlich fundierter Analysen und nur selten in Form von Schreckensszenarien, wurde im Bulletin daraufhin verstärkt vor den kurz- und langfristigen Folgen der Nukleartests gewarnt. Als zentrale Akteure im Bulletin lässt sich dabei eine kleine Gruppe von Wissenschaftlern identifizieren, welche dazu beigetragen hat, die amerikanische Bevölkerung über das Gefahrenpotential der Nuklearwaffentests zu sensibilisieren und ab Mitte der Fünfzigerjahre als intellektuelle Avantgarde einer breiten antinuklearen Gesellschaftsbewegung funktionierte. Die Expertisen dieser Wissenschaftler und ihre politische Wirkung hatten in Kombination mit der blockübergreifenden Zusammenarbeit der internationalen Wissenschaftlergemeinschaft massgeblich zur Entstehung des Moskauer Atomteststopabkommens von 1963 beigetragen.



Fabienne Studer

*Die Sachstandsberichte des IPCC in der Schweizer Presse (1990-2007)*  
*Eine Analyse der Berichterstattung in ausgewählten deutsch- und französischsprachigen*  
*Schweizer Tageszeitungen*

Masterarbeit bei Em. Prof. Dr. Christian Pfister

In der Flut von wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Publikationen zum Klimawandel, die in den vergangenen Jahren erschienen sind, haben sich die bisher vier veröffentlichten Sachstandsberichte des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) zu einer wertvollen Informationsquelle für die wissenschaftlichen Grundlagen, Auswirkungen und Massnahmen zur Vermeidung des Klimawandels entwickelt. Ausserdem dienen sie Politikern und Regierungsvertretern auf der ganzen Welt als Orientierungshilfe zur Festlegung ihrer nationalen und der internationalen Klimapolitik. Diese Masterarbeit geht der Frage nach, wie die Schweizer Tageszeitungen seit der Veröffentlichung des ersten Sachstandsberichtes (1990) bis zum Erscheinen des vierten (2007) über diese berichteten: Welche inhaltlichen Aspekte aus den Teilberichten der Arbeitsgruppen gaben sie wieder, und welche Aussagen und Bewertungen machten die Zeitungen zur Arbeit und den Ergebnissen des IPCC? Wie hat sich die Berichterstattung im Untersuchungszeitraum von 1990 – 2007 verändert?

Zur Beantwortung der Fragestellung wurden die auflagenstärksten deutsch- („NZZ“, „Blick“ und „Tagesanzeiger“) und französischsprachigen („24 Heures“ und „Tribune de Genève“) Schweizer Tageszeitungen ausgewählt. Die Auswertung der

Berichterstattung über die Sachstandsberichte erfolgte anhand der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring, in Verbindung mit der historischen Diskurs- bzw. Kontextanalyse nach Landwehr.

Die Auswertung ergab, dass die Schweizer Tageszeitungen in ihrer Berichterstattung die Sachstandsberichte des IPCC anerkannten und positiv bewerteten, ohne jedoch unkritisch zu sein. Grundsätzlich war die Berichterstattung sachlich; es gab nur einige wenige sensationalistische Beiträge. Bei den inhaltlichen Aspekten dominierten die wissenschaftlichen Grundlagen wie die Zuschreibung des Klimawandels auf menschliches Handeln und die Projektionen von künftigen Temperatur und Niederschlagsentwicklungen, häufig aus der Perspektive der Schweiz. Die Auswirkungen des Klimawandels und die Massnahmen zu dessen Vermeidung wurden eher weniger zur Sprache gebracht.

Weitere Aussagen hatten „Zündstoffcharakter“, dies um bei den Lesern Interesse und Aufmerksamkeit zu erzeugen. Es waren dies erstens der Einfluss der Politik auf die Sachstandsberichte, zweitens die Frage, ob der Mensch für den Klimawandel verantwortlich ist oder ob es sich lediglich um eine natürliche Variabilität des Klimasystems handelt und drittens der Umgang des IPCC mit offenen Fragen und Unsicherheiten.



## *Die Konstruktion von nationaler Identität*

### *Die erste Schweizerische Bundesfeier von 1891 im Spannungsfeld zwischen Ritual und erfundener Tradition*

Masterarbeit bei Prof. Dr. Marina Cattaruzza

Am 1. August 1891 beging die Schweiz ihren ersten Nationalfeiertag. Dieses Ereignis bildet den wissenschaftlichen Gegenstand meiner Untersuchung, in welcher ich der folgenden Fragestellung nachging: Welche Funktion kann der Schweizerischen Bundesfeier von 1891 zugeschrieben werden? Als Quellenmaterial diente mir u.a. der gesamte, massgeblich in Kurrent verfasste Schriftverkehr zwischen dem Zentral- und Organisationskomitee, Sitzungsprotokolle des Bundesrates, Korrespondenzen der Stadt- und Kantonsregierungen und schliesslich gedruckte Materialien wie zum Beispiel Festschriften der Auslandkolonien. Die Schweizerische Bundesfeier von 1891 entstand in einem vielschichten Kontext. Der Frage nach der Funktion dieser Feier kann deshalb nur eine mehrdimensionale Betrachtungsweise gerecht werden. Zu berücksichtigen sind gesellschaftliche, personelle, historische, sozioökonomische, konfessionelle und besonders politische Phänomene. Die erste Nationalfeier orientierte sich sowohl der Struktur als auch dem Inhalt nach stark an den traditionellen Säkular-, Schlacht- und Schützenfesten, die in der Schweiz im 19. Jahrhundert stattgefunden haben. In Anbetracht dessen verliert die Bundesfeier ein wenig an Exklusivität. Bei der Analyse dieses Anlasses hat sich zunehmend herauskristallisiert, dass Organisation und Ziele massgeblich von einigen wenigen politischen Würdenträgern geprägt worden sind. Neben Theodor Wirz und Karl Stýger ist insbesondere Bundesrat Carl Schenk hervorzuheben. Letzterer lieferte die zentralen Argumente für die Abhaltung der Nationalfeier. Es lässt sich anhand der weiteren politischen Handlungen, die auf Schenk zurückgeführt werden können, darlegen, in welchem politischen Milieu die Idee einer Bundesfeier entstanden war. So hatte er nicht bloss aus persönlichen Interessen eine solche Feier favorisiert. Entscheidend war seine Zugehörigkeit zum Freisinn, der damals aufgrund der parteipolitischen Rivalität mit den konservativen Kräften des Landes allen Grund

hatte, mit einer nationalen Feier Fahne zu zeigen. In diesem Kontext kann eine erste Funktion der Bundesfeier als Versuch des Freisinns interpretiert werden, mit einem nationalen Fest seine Legitimation im Volk zu festigen.

Inmitten des politisch-gesellschaftlichen Spannungsfeldes, welches gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Schweiz prägte, wurde eine Bundesfeier sicher auch initiiert, um aufgrund sozialer Konflikte eine harmonisierende Entwicklung anzustossen, denn im Kern einer nationalen Feier liegt schliesslich die Stärkung einer sozialen Gruppe. Im Widerspruch dazu steht die Tatsache, dass die Schweizerische Bundesfeier als bewusste Konstruktion von oben interpretiert werden kann. Die zentrale Feier in Schwyz war nicht primär ein Fest für das Volk, sondern eine Feier für und von der Elite des Landes. Darin kann eine Repräsentation von Macht gesehen werden. Das Fest wurde zwar als eine nationale Feier dargestellt, es waren aber ausschliesslich elitäre Kreise, die zur Feier eingeladen wurden. Die Inklusion und Exklusion gesellschaftlicher Schichten ist hier klar erkennbar.

Die Form der Bundesfeier entspricht in vielen Facetten einer religiösen Zeremonie. Nicht bloss das Vokabular wurde aus dem religiösen Kontext übernommen, sondern ebenso permanente Aktion mit Symbolik betrieben. Anhand von parallelen Feierlichkeiten im Ausland konnte darauf verwiesen werden, dass vielerorts öffentliche Zeremonien realisiert wurden. Diese idealtypische Darstellung von pseudohistorischen Bildern gehört ebenso zur christlichen Welt wie auch zur Vergangenheitskonstruktion der Nation Schweiz. Was vorerst wie die Entzauberung der Welt ausschaute, war in Wirklichkeit eine Verzauberung der Vergangenheit. Der Zauber wurde nicht durch Rationalität ersetzt, sondern vielmehr geschickt in die realpolitische und v.a. historische Sphäre verlegt. In der Vorbereitung der Schweizerischen Bundesfeier operierte die Politik ganz bewusst mit einer eindringlichen Symbolik, um höheren Zielen gerecht zu werden.

Die Geschichtsbilder handeln objektiv betrachtet von einem kohärenten Vorstellungssystem, innerhalb dessen alles einen Sinn ergibt. Die Darlegung eines eudämonistischen Geschichtsverständnisses lässt sich gut mit der religiösen Vorstellung einer heilsorientierten Lebensgeschichte verbinden. Mit der Theorie „Invention of Tradition“ und mit Einschluss der sozialanthropologischen Ritualtheorie konnte zudem gezeigt werden, dass eine Feier, wie sie hier thematisiert und untersucht worden ist, Ordnung herbeiführen kann. Vor dem Hintergrund der vorherrschenden sozialen Differenzen erscheint es nur logisch, dass die Organisation der Schweizerischen Bundesfeier in die Richtung zielte, im Land einerseits Frieden zu sichern und andererseits die gegenwärtige politische Elite zu legitimieren. Wenn Geschichte Identität bedeuten kann und eine kollektive Identität Frieden zum Ziel hat, ist dies eine weitere Antwort auf die Frage nach der Funktion der ersten Bundesfeier: die Gesellschaft soll sich ihrer selbst bewusst

werden. Im Jahre 1891 diente die Schweizerische Bundesfeier nicht zuletzt als eine Orientierung in der Gegenwart, denn die Modernisierung in der westlichen Welt schuf veränderte Lebenswelten, welche soziokulturell nach einer Verarbeitung verlangten, und entsprechend sollte die Feier Stabilität nach Innen erzeugen. Nationale Werte und Standpunkte wurden durch die Feste transportiert. Andererseits peilte man auch eine Stärkung gegen Aussen an. Der Bundesrat verfolgte die Absicht, ein weltumspannendes Netz zu beleben, in dem Feierlichkeiten in den Auslandkolonien organisiert und bewusst unterstützt worden sind.

Manche Resultate zu politischen und gesellschaftlichen Phänomenen sind für die Historiografie keine Neuigkeit. Durch den umfangreichen Quellenkorpus konnten aber verschiedene Aspekte, die in Zusammenhang mit der ersten Nationalfeier der Schweiz stehen, neu und überhaupt erst beleuchtet werden.



Corinne Ammann

### *Das Absinthverbot in der schweizerischen antialkoholischen Gesetzgebung: Warum ausgerechnet Absinth?*

Lizentiatsarbeit bei Prof. Dr. Christoph Maria Merki

Die Arbeit beschreibt im ersten Teil, wie die Industrialisierung die Gesellschaft verändert hat und wie diese Veränderungen einen Einfluss auf die explizite Wahrnehmung der Alkoholismus-Problematik haben. Danach wird auf die Antialkoholbewegung in der Schweiz eingegangen. Auf den wachsenden Druck aus der Bevölkerung sah sich die schweizerische Regierung zu einer Reaktion gezwungen: 1886 hat die Bundesversammlung das Eidgenössische Alkoholgesetz verabschiedet. Es vereinte gesundheitspolitische, fiskalische und landwirtschaftliche Interessen. Auffällig ist, dass das Alkoholgesetz die Alkoholfrage klar als „Branntweinfrage“ deklarierte, Wein und Bier hingegen wurden von der staatlichen Intervention

ausgeklammert. Sowohl das volksgesundheitliche als auch das fiskalische Ziel des Gesetzes wurden erreicht – der pro Kopf Konsum von Branntwein ging zurück, derjenige von (als weniger schädlich empfundenen) gegorenen Getränken stieg an. Die konsumierte Menge absoluten Alkohols blieb interessanterweise unverändert.

In der Arbeit wird auf eine 1883 im Auftrag des Departements des Inneren erstellte „vergleichende Darstellung der Gesetze und Erfahrungen einiger ausländischer Staaten“ eingegangen. Die Autorin stellt für ausgewählte Länder eine aus Konsum, Ursachen und Folgen des Konsums sowie Massnahmen gegen den Alkoholismus bestehende Übersicht zusammen.

Nach dieser allgemeinen Einführung lenkt die Autorin den Fokus auf die Leitfrage. Sie setzt sich hierfür mit der aus der Soziologie stammenden Theorie von Spector und Kitsuse „Constructing Social Problems“ auseinander und überträgt sie auf ihre Arbeit. Die Kernaussage liegt in der Feststellung, dass hinter jeder Formulierung einer Forderung und jeder Unterstützung einer Beschwerde Werte stehen, die es zu verteidigen gilt. Diese Werte geben nicht nur wieder, was falsch ist, sondern ebenfalls, warum etwas falsch ist.

Es folgt eine kurze Einleitung in Produktion, Wirkung, Wirkstoffe, Verbreitung und Konsum von Absinth. In der Schweiz wurde das Getränk fast ausschliesslich in den französischsprachigen Kantonen konsumiert. Bis ins späte 19. Jahrhundert hinein waren Absinth und absinthhaltige Getränke Allerheilmittel. Dieses positive Bild veränderte sich, Absinth wurde als besonders schlimmes alkoholisches Getränk wahrgenommen.

Nun kamen die verschiedenen Akteure ins Spiel, auf drei Gruppen wird näher eingegangen: Das Blaue Kreuz, die Frauen und die Medizin. Sie traten nach dem als „Verbrechen von Commugny“ bekannten Ereignis in die Öffentlichkeit. Im April 1905 erschoss in Commugny ein Weinbergarbeiter im Alkohol- und Absinthrausch seine schwangere Frau sowie seine beiden Töchter. Wieder nüchtern konnte er sich nicht an die Morde erinnern, er wurde verurteilt und erhängt sich in seiner Zelle. Was waren die Hintergründe? Der Täter war Alkoholiker, der nach eigenen Angaben täglich durchschnittlich fünf Liter Wein und zwei Gläser Absinth trank. Trotz diesen Kenntnissen wurde die Tat einzig und allein dem Absinth zugeschrieben. Ende 1905/06 reichten die Stimmbürger im Kanton Waadt/Genf eine Petition für ein kantonales Verkaufsverbot von Absinth ein. In beiden Kantonen wurde ein Verkaufsverbot eingeführt. Die

kantonalen Verbote genügten den Alkoholgegnern nicht, sie lancierten ein eidgenössisches Initiativbegehren, welches Herstellung, Einfuhr, Verkauf und Aufbewahrung von Absinth auf dem gesamten Territorium der Eidgenossenschaft verbieten sollte. Dieses Vorgehen stand im Widerspruch zur Handels- und Gewerbefreiheit wie auch zu der in der Verfassung festgehaltenen persönlichen Freiheit der Bürger. Über diese wurde beim Absinthverbot jedoch die staatliche Rolle als Hüter der Volksgesundheit gewichtet. Die Meinungsmacher argumentierten mit medizinischen (Absinth = Gift), gesellschaftlichen (Absinth = Zerstörer des Familienglücks) und wirtschaftlichen (Absinth = Verarmungsursache Nummer eins) Begründungen. Eine Befragung der Kantonsregierungen ergab, dass das Absinthproblem in 21 Kantonen und sechs Halbkantonen nicht vorhanden war, dass zwei betroffene Kantone bereits ein Verkaufsverbot eingeführt hatten und sich nur die Kantone Freiburg und Wallis ein Verbot wünschten. Von den staatlichen Institutionen lehnte der Bundesrat das Begehren ab, National- und Ständerat stimmten der Initiative zu. Am 7. April 1908 wurde die Volksinitiative „für ein Absinthverbot“ mit 63.5% der Stimmen angenommen. Erwähnenswert ist, dass die von der Problematik betroffenen französischsprachigen Kantone das Gesetz verworfen haben.

Im Fazit beantwortet die Autorin die Anfangs gestellte Frage und vertritt den Standpunkt, dass die Gesetzgebung den Alkoholkonsum im Allgemeinen nicht konsequent bekämpft und am Absinth ein Exempel statuiert hat. Sie erläutert die Wichtigkeit von Werten und Moral und zeigt auf, wie es den Agitatoren gelang, mit ihrer Argumentation das Gewissen der Stimmbürger anzusprechen: der Wunsch nach moralisch korrektem Handeln hat zum Absinthverbot geführt.



*Vertrauliches aus der „cloaca magna“*

*Wahrnehmung der Schweiz durch das Ausland im Vormärz unter Auswertung von Spitzelberichten*

Lizentiatsarbeit bei Prof. Dr. Joachim Eibach

Die Lizentiatsarbeit wirft einen genaueren Blick auf das Flüchtlingswesen in der regenerierten Schweiz des Vormärz. Der Fokus ist aber nicht auf die Flüchtlinge an sich gerichtet, sondern auf deren Beobachtung durch Spitzel.

Durch die zentrale Lage in Europa und eine (kantonal unterschiedliche) liberal-demokratische Staatsverfassung wurde die Schweiz für viele gescheiterte Revolutionäre, Nationalisten, Demokraten, Republikaner, Sozialisten oder sonst wie in Ungnade gefallene Flüchtlinge eines der Hauptziele ihrer Flucht. Diese Oppositionellen ruhten allerdings meist nicht, sondern versuchten weiterhin, vom Asylland aus, ihre Sache in der Heimat voranzutreiben. Selten ging es zwar so weit, dass ein bewaffnetes Heer in Marsch gesetzt wurde, doch kam auch das vor (Savoyezug). Diese Agitation weckte die Missgunst und das Misstrauen unter den ausländischen Machthabern, insbesondere in Wien, Berlin und allgemein im Deutschen Bund, je nach Betroffenheit auch weiterer Königshäuser. Die Reaktion war insbesondere im deutschsprachigen Raum, Spitzel zu entsenden, die regelmäßig in die Zentren der Macht zu berichten hatten. Diese Berichte sollten mit dieser Lizentiatsarbeit umfassend ausgewertet werden. Dies wurde durch die jegliche sinnvolle Forschung vereitelnden Bestimmungen des Haus-, Hof- und Staatsarchives Wien, in dem die Akten lagern, leider verhindert. Glücklicherweise finden sich einige Abschriften – allerdings bei weitem nicht alle – im Bundesarchiv Bern, zudem existieren zwei Quelleneditionen, die allerdings ebenso wenig den vollständigen Quellenfundus beinhalten.

So musste der Fokus der Arbeit etwas verschoben werden und richtet sich nicht nur auf die Spitzelberichte, sondern daneben auch auf eine Geschichte der Spitzelei, der Spionage und des Gerüchteswesens. Die ursprüngliche Fragestellung wird im zweiten Teil in einer quantitativen Untersuchung abgehandelt.

Ergebnis des ersten Teils ist eine Typologie verschiedenster Arten von Spitzelei, Lockspitzelei,

Spionage, Gerüchte, Devianz, der Denunziation und anderer Arten der Informationsbeschaffung. Anhand verschiedenster Beispiele werden Kategorien gebildet und die Motivation zur geheimpolizeilichen Aktivität durch beide Seiten (Auftraggeber und Auftragnehmer) ergründet.

In der quantitativen Auswertung der (verfügbaren) Spitzelberichte wurden insgesamt 2398 Einzelinformationen aus 322 Berichten in 23 Kategorien eingeteilt. Diese geben einen Überblick darüber, wie die Flüchtlinge, die Schweiz und ihre Regierungen aus der Sicht der Spitzel in den Machtzentren dargestellt wurden. Es wird gezeigt, dass das vermeintliche Flüchtlingsparadies Schweiz den Flüchtlingen gegenüber keineswegs immer freundlich gesinnt war. Viele Informationen schildern ablehnende Reaktionen der offiziellen Schweiz, viele auch die entsprechende Reaktion der unliebsamen Gäste, nämlich deren Abreise oder Unmutsäusserungen. Der durch die Literatur nahegelegte Schluss, dass die Eidgenossenschaft in ihrer Haltung erst dann kritischer wurde als der ausländische Druck zunahm, kann nicht bestätigt werden. Vielmehr überwiegt die Ablehnung der Ausländer in der Periode 1833-1848 und unterliegt kaum Schwankungen innerhalb verschiedener Zeitperioden.

Bestätigt wird hingegen der ausländische Vorwurf, wonach von der Schweiz aus Aktivitäten zum Sturz der Machthaber unternommen wurden. Nicht nur der bereits erwähnte Savoyezug, sondern eine ganze Reihe weiterer Vorkommnisse zeugen von diesen Umtrieben. Vieles bleibt jedoch im Dunkeln, wird in Berichten angedeutet, in anderen dementiert und rückblickend ist nicht viel passiert, das bis heute nachwirken würde. Als „Glücksfall“ für das Aufdecken solcher Umtriebe erwies sich der Mord am Studenten Ludwig Lessing, ein preussischer „Flüchtling“, der für Preussen Berichte aus dem innersten Zirkel eines revolutionären Klubs berichtete. Der des Mordes verdächtige Baron von Eyb stand ebenfalls auf der Lohnliste der Mainzer Central Polizei, die zentrale



Stelle für Spitzelei im Deutschen Bund. So kamen im Laufe der Ermittlungen immer mehr Details aus dem innersten Zirkel der Verschwörung ans

Tageslicht, vieles blieb aber auch im Obskuren, der Mordfall ist beispielsweise bis heute ungelöst geblieben.



Peter Dängeli

*„Allein, das Auge des Gesetzes wacht!“*

*Das ungesetzliche Verhalten Einheimischer und temporär Zugewanderter auf einer schweizerischen Grossbaustelle anfangs des 20. Jahrhunderts*

Lizentiatsarbeit bei Prof. Dr. Christoph Maria Merki

Grosse Infrastrukturprojekte greifen mittel- und langfristig in die räumliche Struktur des betroffenen Gebietes ein, in kurzer Zeit verschieben sich die demographischen Gewichte häufig besonders stark. Durch den Bau des Lötschberg-Scheiteltunnels (1906–1915) stieg die Einwohnerzahl des Bergdorfs Kandersteg zwischen 1900 und 1910 von 445 auf 3554 an, wobei die Zuwanderer zur grossen Mehrheit aus Italien stammten.

Die Arbeit nimmt diese Ausnahmesituation zum Anlass, die gesellschaftliche Integration der zugewanderten Arbeiter zu untersuchen und zu analysieren, wie die Zuwanderung im Oberen Kandertal ihren Niederschlag in Reglementen und Gesetzen fand. Ausgehend von den behördlichen Kontrollinstanzen und basierend auf den von ihnen produzierten Akten erfolgt eine Einschätzung, in welchem Mass die Zuwanderer, aber auch die Einheimischen mit den verschiedenen Paragraphen in Konflikt gerieten.

Eine Beschreibung, wie sich die Talbevölkerung mit den Zuwanderern arrangierte und wie die Fremden wahrgenommen wurden, bildet den ersten Teil der Untersuchung. Sie basiert zur Hauptsache auf Protokollen der Gemeindebehörden und auf Zeitungsartikeln. Bei der Ansiedlung der Arbeitermassen waren die Gemeindebehörden auf räumliche Segregation bedacht. Dafür, dass die Arbeitersiedlungen fast zuhinterst im Tal entstanden, waren in Kandersteg nicht nur pragmatische Gründe der Nähe zum entstehenden Tunnelportal ausschlaggebend, sondern auch die Sorge des Ver-

kehrsvereins um die „Entwicklung des Ortes als Fremdenplatz.“ Zur Regelung der Wohnsituation wurden in den ersten Jahren des Tunnelbaus mehrere Bau- und Sanitätsreglemente erlassen, deren Einhaltung von eigens eingesetzten Kommissionen und den Beamten des 1905 eingerichteten und kontinuierlich ausgebauten Landjägerpostens überwacht wurde.

Die empirische Beantwortung der Frage nach der Delinquenz, die den analytischen Hauptteil der Arbeit bildet, stützt sich zur Hauptsache auf Aktenbestände des Regierungsstatthalteramtes Frutigen — den Schwerpunkt bildet eine Bussenkontrolle des Bezirks mit 1231 Busseinträgen der Jahre 1912 und 1913 — und der kantonalen Gerichte. Die Untersuchung zeigte, dass es nicht nur zwischen Ausländern und Schweizern Unterschiede in Art und Ausmass der aktenkundigen Regelverstösse gab, sondern auch innerhalb dieser beiden Herkunftsgruppen. Ein deutlicher Unterschied trat bei der Unterscheidung von schwerer und leichter Delinquenz zu Tage, wobei Schweizer bei Vergehen und Übertretungen die grosse Mehrheit stellten, während Ausländer sich ungleich häufiger für Verbrechen verantworten mussten. Die zeitgenössisch geläufigen Verallgemeinerungen der „gefährlichen Messerhelden aus dem Süden“ mit ihrem ausgeprägten Hang zu „Messereien“ werden entgegen diesem Befund durch gesamthaft mässige absolute Fallzahlen relativiert.

Zur weiten Verbreitung solcher Stereotype dürfte die Tatsache beigetragen haben, dass Schuss- und

mehr noch Stichwaffen besonders unter jüngeren Tunnelarbeitern den Charakter von Statussymbolen hatten und sehr präsent waren. Wurden solche Waffen zu Tatwaffen, handelte es sich zumeist um Gewaltausbrüche in den Barackensiedlungen unter Ausländern, die sich in Wirtshäusern unter Alkoholeinfluss aus geringfügigen Konflikten angebahnt hatten. Diesen Streitigkeiten wurde durch die zuständigen Richter gleichermassen zumeist spontaner Charakter attestiert wie den meisten derjenigen Konflikte, die sich tagsüber mit direktem Bezug zur Arbeit abspielten. In den Urteilen fand der Vermerk „vorsätzlich, aber ohne Vorbedacht“ entsprechend häufigen Gebrauch.

Die grosse Zahl der geahndeten Verstösse und Übertretungen wurde erst eigentlich durch die Kontrollen möglich, die mit der baubedingten Sondersituation im Tal Einzug gehalten hatten. Der Ausbau des Staates, der unternommen wurde, um den wahrgenommenen Problemlagen beizukommen, richtete sich damit in erster Linie und langfristig gesehen gegen die Einheimischen selbst, indem der Verstaatlichungsschub auch nach dem Abzug der Arbeiter anhielt.

Das starke Bedürfnis nach Sicherheit, Recht und

Ordnung, das die Gemeindebehörden — etwa im Begehren nach Aufstockung des Landjägerkontingents oder Einführung von Nachtwächtern — äusserten, teilte der Kanton nicht umfänglich. Besonders die Gerichte des Bezirkes wurden durch die zeitweilige starke Bevölkerungszunahme an den Rand ihrer Belastbarkeit gebracht. Verursachend war hierbei nicht alleine der Anstieg der Fallzahlen, sondern auch die — unbesehen der Herkunft der Streitparteien — sehr aufwändigen Ermittlungen, die sich nicht selten in Detailfragen verloren, was durch die appellierten kantonalen Gerichtsinstanzen mehrfach gerügt wurde.

In der Arbeit berücksichtigt wurden aktenkundig gewordene Vorfälle aus einem bestimmten Zeitraum und einem fest umrissenen Gebiet. Wenn gleich sich aufgrund dieser Untersuchungsanlage und der verhältnismässig kleinen Fallzahlen nur bedingt Verallgemeinerungen ableiten lassen, so zeigen ihre Befunde doch auf, inwiefern das Tal nicht erst durch die Eisenbahn und die erleichterte Anreise von willkommenen Gästen, sondern bereits durch die temporäre, aber umso intensivere Zuwanderung der eher unwillig geduldeten Arbeiter der Bauzeit geprägt wurde.



Monique Helfer

### *Eine Industrie nimmt den Hut*

*Aufschwung, Krisen und Untergang der schweizerischen Stroh- und Hutgeflechtindustrie zwischen 1800 und 1974*

Lizentiatsarbeit bei Prof. Dr. Christoph Maria Merki

Die Lizentiatsarbeit zeigt Aufschwung, Krisen und Untergang der schweizerischen Stroh- und Hutgeflechtindustrie in drei Phasen. Dabei wurden als primäre Quellen die Berichte über Handel und Industrie der Schweiz, herausgegeben vom Vorort des schweizerischen Handels- und Industrievereins, und die Jahresberichte des Verbandes aargauischer Hutgeflechtfabrikanten ausgewertet.

In der ersten Phase (17. und 18. Jahrhundert) war Strohflechten eine Tätigkeit, die in den landwirt-

schaftlich unproduktiven Wintermonaten als sogenannter Hausfleiss betrieben wurde. Aus dem in der Landwirtschaft kostenlos zur Verfügung stehenden Rohmaterial Stroh wurden Bänder geflochten, die zu Hüten zusammengenäht wurden. Aus dieser Beschäftigung und dem ersten einfachen Handel mit Strohhüten und -geflechtem bildete sich in der Schweiz seit Mitte des 18. Jahrhunderts ein Verlagswesen heraus, wie es in anderen Textilindustrien auch der Fall war. Die Strohflechterei

konnte sich vor allem im aargauischen Freiamt, im Kanton Freiburg und im Kanton Tessin ansiedeln. Die zweite Phase (1800-1914) markiert den Übergang vom Verlagswesen zur Industrie. In den 1820er Jahren erfuhr das aargauische rötliche Roggenstroh gegenüber dem toskanischen und freiburgischen weissen Weizenstroh einen Wettbewerbsnachteil. Diesem wurde mit der Entwicklung neuer Muster und Herstelltechniken und dem Ausbau des Handels begegnet. Die zahlreichen Söhne der aargauischen Geflechthändler stiegen ins Geschäft der Väter ein. Dabei investierten sie ihr Kapital und unternahmen Reisen zu den wichtigen Märkten, um die Absatzgebiete der eigenen Unternehmen zu stärken und zu erweitern. So bildete sich in Wohlten eine Fabrikantenschicht heraus, die relativ wohlhabend war, sich auch in der Politik betätigte und Immobilien an zentraler Lage kaufte. Der vermehrte Export von schweizerischen Strohprodukten führte dazu, dass die Strohindustrie vom internationalen Markt abhängig war. Nicht zuletzt aufgrund des europäischen Protektionismus wurde um 1850 der Handel in die USA ausgebaut. Es wurde in die Entwicklung neuer Produkte und synthetischer Rohmaterialien investiert. Auf die Konkurrenz durch billige chinesische und japanische Geflechte wurde reagiert, indem diese gekauft, durch Bleichen und Färben veredelt und mit Gewinn wieder exportiert wurden. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges läutete die dritte Phase (1914-1974) ein, die am ausführlichsten untersucht wurde. Während des Krieges gab es Schwierigkeiten in der Beschaffung der Rohmaterialien und bestellte Produkte konnten nicht ausgeliefert werden. So beschlossen die aargauischen Strohindustriellen, enger zusammen zu arbeiten und gründeten 1916 den zwei Jahre später in Verband aargauischer Hutgeflechtfabrikanten umbenannten Branchenverband. Der Anfang vom Ende zeichnete sich in den 1930er Jahren ab. Auf-

grund der sich verschärfenden Konkurrenz musste immer knapper kalkuliert werden. Die Arbeiterinnen und Arbeiter wandten sich besser bezahlten und ganzjährig garantierten Arbeitsplätzen in anderen Branchen zu. Die hutlose Mode wurde propagiert. Im Zuge der Weltwirtschaftskrise gerieten vermehrt auch die Abnehmer der Hutgeflechte, die Hutfabrikanten, in finanzielle Schwierigkeiten und mussten Konkurs anmelden. Zulieferfirmen strichen die nicht mehr rentablen Rohmaterialien ersatzlos aus dem Sortiment. In den 1940er Jahren stiegen mit dem Aufkommen sozialpolitischer Forderungen die Produktionskosten. Diese konnten wegen der starken internationalen Konkurrenz nicht auf die Produktpreise abgewälzt werden. Trotz all dieser Probleme gelang es auch Ende der 1960er Jahre nicht, die Firmen zu einer vermehrten Zusammenarbeit zu bewegen. Der Branchenverband erhielt nicht die nötigen Kompetenzen, um einen Untergang der Hutgeflechtindustrie abwenden zu können, was sowieso ein schwieriges Unterfangen gewesen wäre. Denn ohne Nachfrage nach Strohhüten verlor die Hutgeflechtindustrie ihre Existenzgrundlage. Als 1974 gleich zwei der renommiertesten und grössten Unternehmen der Hutgeflechtindustrie schlossen, löste sich auch der Verband aargauischer Hutgeflechtfabrikanten auf. Was von der mehr als 200-jährigen Geschichte einer marginalen schweizerischen Industrie übrig geblieben ist, ist die Faszination für die im Stroh-museum Wohlten und einigen Privatsammlungen bis heute erhaltenen Kunstwerke aus Stroh. Vereinzelt wird das Strohflechten und Strohhut-Knüpfen als Kunsthandwerk weiter betrieben. 1993 wurde die Schweizerische Stiftung Strohverarbeitung gegründet mit dem Zweck, das Wissen um die Strohverarbeitung zu erhalten und zu vermitteln. Dazu soll die vorliegende Lizentiatsarbeit einen Beitrag leisten. Auf dass die alten Techniken wieder entdeckt und wieder belebt werden.



Raphael Petit

## „Gedenkpark Berlin“

*Die Ausdifferenzierung deutscher Geschichtskultur bezüglich des Nationalsozialismus seit 1989, nachgezeichnet anhand der publizistischen Rezeption verschiedener Denkmalprojekte in Berlin*

Lizentiatsarbeit bei Prof. Dr. Joachim Eibach

Die deutsche Geschichtskultur bezüglich des Nationalsozialismus hat seit der Wiedervereinigung eine bemerkenswerte Ausdifferenzierung erfahren. In Stein erbaut steht dieser Teil des kulturellen Gedächtnisses Deutschlands in Berlin und erinnert an einzelne Opfergruppen der Naziherrschaft. Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas, auch bekannt unter dem Namen Holocaust-Mahnmal, das Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma und das Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen erinnern an die jeweiligen Verfolgten und Ermordeten der einzelnen Opfergruppen. Wie es zu dieser in Stein erbauten Ausdifferenzierung und, so die These der Arbeit, gleichzeitig zu einer Hierarchisierung der Opfergruppen kam und wem warum ein staatsoffizielles Denkmal gewidmet wurde, ist Gegenstand dieser Arbeit. Dabei wird die publizistische Rezeption betrachtet, die die rund 20 Jahre währende Genese dieser drei Denkmäler begleitete. Es wird allerdings nur jener Teilbereich der Debatten betrachtet, der zu der in Stein gebauten Ausdifferenzierung geführt hat, nämlich die Frage, wem das jeweilige Denkmal gewidmet sein soll. Deshalb wäre die Betrachtung der in den Medien geführten Debatten um die genannten Denkmäler nicht vollständig, würde sie nicht um eine weitere Denkmaldebatte erweitert, jene um die Zentrale Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland in der Neuen Wache unter den Linden. Die 1993 auf dem Vollzugswege von Bundeskanzler Kohl gegen alle Widerstände realisierte Gedenkstätte, die wegen ihrer alles einebnenden Widmung (Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft) scharf kritisiert wurde, war entscheidender Faktor für eine exklusive Widmung des Holocaust-Mahnmals nur für die Juden. Diese exklusive Widmung machte wiederum erst den Bau eines Denkmals für Sinti und Roma und für die Homosexuellen notwendig. Die beiden letztgenannten zwei Denkmäler waren somit dem Denkmal für die Juden in jedem Sinne nachgelagert, sowohl zeitlich als auch von ihrem

Standort, ihrer Grösse und ihrem finanziellen Aufwand her gesehen. Die an sich begrüssenswerte Ausdifferenzierung der Geschichtskultur hat also auch eine gewissen Hierarchisierung der Opfergruppen mit sich gebracht. An der Spitze dieser Hierarchie stehen die Juden, gefolgt von den Sinti und Roma und den Homosexuellen. Das Schlusslicht bilden jene Gruppen von Verfolgten, denen kein staatsoffizielles Denkmal gewidmet wurde. Quellen sind mehrere Hundert zu den Denkmalprojekten in Zeitungen erschienene Artikel sowie Pressemitteilungen der Bundesregierung und der Senatsregierung Berlins, die zum Teil in Dokumentationen vorlagen, zum Teil im Internet recherchiert werden mussten. Nebst dem bereits erwähnten Gegenstand untersuchte die Arbeit folgende Fragen: Wer waren die zentralen Akteure und welche Prozesse liessen sich anhand der stattgefundenen Denkmaldebatten beobachten? Lassen sich aus der Analyse übergeordnete Prinzipien für die Entwicklung der Geschichtskultur ableiten? Lassen diese Prinzipien Rückschlüsse auf die weitere Entwicklung, oder genauer auf eine weitere Ausdifferenzierung der deutschen Geschichtskultur, zu? Um die komplexen Fragestellungen und die Ergebnisse dieser Arbeit besser strukturieren zu können, wurde eine von Jan-Holger Kirsch erschaffene Typologie der fünf Erinnerungsdimensionen beigezogen, die sich mit impliziten und expliziten Zwecken deutscher Denkmäler in Erinnerung an den Nationalsozialismus auseinandersetzt. Die ersten drei Erinnerungsdimensionen sind dabei von Aleida Assmann entwickelt worden, die sich im wesentlichen auf die wegweisenden Arbeiten von Jan Assmann und Maurice Halbwachs stützt. Diese Typologie wurde in einem theoriebildenden Teil diskutiert und auf die zu behandelnden Denkmäler zugeschnitten, um dann schliesslich beim Zusammenfassen der Resultate im Fazit zur Anwendung zu kommen. Das Kernstück der Arbeit ist in zwei Teile gegliedert. Im ersten Teil werden die Debatten um das Holocaust-Mahnmal und die

Neue Wache in den Jahren 1989 bis 1999 und im zweiten Teil die Debatten um die Denkmäler für die Homosexuellen und die Sinti und Roma in den Jahren 1999-2008 nachgezeichnet.

In der Arbeit konnte dargelegt werden, dass wenn der Staat sich dazu entschliesst, Opfergruppen einzeln zu gedenken, diese zueinander in ein Konkurrenzverhältnis um staatliche Zuwendung treten. Der Staat wiederum verteilt seine Zuwendung mediendemokratisch, je mehr öffentliche Auf-

merksamkeit eine Opfergruppe generieren kann, desto höher wird die staatliche Zuwendung sein. Wie viel öffentliche Aufmerksamkeit eine Opfergruppe generieren kann, ist unter anderem wiederum davon abhängig, ob sie als Opfergruppe des Nationalsozialismus und Mitglied der heutigen Mehrheitsgesellschaft anerkannt ist. Das Resultat dieser Konkurrenz der Opfergruppen im Ringen um Aufmerksamkeit ist die Hierarchie der Opfer im steingewordenen Gedächtnis Deutschlands.



Thomas Scheiwiller

*Die Türkenpredigt des 16. Jahrhunderts in konfessioneller Ausprägung  
Zu Reziprozität und projektiver Beschaffenheit von Fremd- und Selbstwahrnehmung in der Auseinandersetzung mit dem Türken*

Lizentiatsarbeit bei Prof. Dr. Joachim Eibach

1453, die Eroberung Konstantinopels durch die Türken, stellt eine der grossen Zäsuren der Frühen Neuzeit dar. Dies lässt sich u.a. daran zeigen, dass die sog. „Turcica“ einen Grossteil der zeitgleich aufkommenden Druckschriften ausmachten. Die gedruckte Verschriftlichung katholischer und protestantischer Predigtstätigkeit leistete einen grossen Beitrag zu frühneuzeitlichen Meinungsbildungsprozessen und förderte einen Diskurs der Wahrnehmung des Fremden und dem davon abzugrenzenden Eigenen. Homilie wurde in dieser Form zusehends zu einem Machtinstrument, welches von Obrigkeiten genehmigt und gar gefördert wurde und unter Predigern als Postillen kursierte. Es war Ziel der Arbeit, Bausteine von Fremd- und Selbstwahrnehmung im Zuge der Osmanischen Expansion zu isolieren und systematisieren um ein Bild von Hetero- und Autostereotypen in der konfessionellen Predigtliteratur des 16. Jahrhunderts gewinnen zu können.

Nach einem längeren Abschnitt der Vorüberlegungen bezüglich Informationsbeschaffung, lutherischer bzw. katholischer Rhetorik im 16. Jahrhundert sowie einer Einschätzung über den Pfarrer als „zoon politikon“ der frühneuzeitlichen

Gesellschaft, weist die Arbeit eine Diskursanalyse aus, welche elementare Begrifflichkeiten von profanen, theologischen und historiographischen Stereotypen unterscheidet. Der Prediger sah seine Aufgabe darin, dem Türkenvorstoss einen Sinnhorizont zu verschaffen und verwies auf die inhaltliche Matrix von Beschreibung, Herleitung und wie in christlichen Dimensionen damit umzugehen sei.

Weitere Intentionen der Arbeit waren stereotype Fremdwahrnehmungsmuster quantitativ und qualitativ auszuwerten, um einen Überblick über das vermittelte Türkenbild zu erhalten und dieses — sofern möglich — in einen konfessionellen Kontext zu setzen.

Überwiegend bedienten die Prediger negative Stereotypen. Der Türke wurde zum einen mit „profanen“ Sprachbildern wie Bluthund oder „grüliche wueterich“ beschrieben sowie mit Heterostereotypen wie Tyrann, Erbfeind und Eidbrecher belegt. Aus vermeintlichen Kriegsberichten (Neuen Zeytungen) entnommen, bezeichnete man die Gefahr aus dem Osten als Inbild grausamer Sklaverei, welche Gefangene unter Konversionszwang stellte oder Kinderraub und Vergewaltigungen

vorantrieb.

Ein zweiter Abschnitt nahm sich den genuin „theologischen Vorwürfen“ gegenüber den Muslimen an und stellte heraus, dass Gotteslästerung, Trinitätskritik, das Fehlen einer muslimischen Offenbarung, die Zwangsmissionierung und der Vorwurf einer Werkreligion im Zentrum der Abgrenzungsbemühungen standen. Ein eminentes Element der Predigt beinhaltete das Liefern einer Erklärung, wieso der Türke von derartigem Erfolg (Belagerungen von Wien 1529) gekrönt wurde. Die hermeneutische Verarbeitung der Türkengefahr fiel sehr differenziert aus. V.a. die protestantischen Prediger sahen sich aufgefordert immer wieder neue Wege der Bibelauslegung gegen den teuflisch-antagonistischen Widersacher zu suchen. Das theologische Fazit besticht trotz konfessioneller Interpretationsverschiebungen durch übereinstimmende semantische Felder. Vom Zorn Gottes ausgehend wird der Türke als dessen Zuchtrute über die sich versündigende Menschheit beschrieben.

In katholischen Predigten war die unmittelbare Gefahr des Türken stärker spürbar als bei der konfessionellen Gegenseite, was zum einen auf die im Adel verbreitete „Türkenhoffnung“ und zum anderen auf den mit Nachdruck aufgegriffenen Topos des türkischen Eidbrechers und Betrügers zurückzuführen ist. Eminent war der katholische Verzicht, den Türken als widernatürlichen Polygamisten und seine Religion als eine aus Willkür entstandene Vereinigung aus Judentum und häretischem Christentum darzustellen. Obwohl inhaltlich kongruent, fiel der katholische Diskurs wesentlich schmaler aus. Ebenso vermisst man typisch protestantische Stereotypen wie den Vor-

wurf inhaltsleerer Ritualisierung und den Werkreligionsvorwurf, welche von den Protestanten oft im Zusammenhang mit konfessionellen Abgrenzungen und Anschuldigungen angeführt wurden. Hier überrascht, dass die katholischen Autoren kaum Versuche unternahmen protestantische Generalisierungen zu entschärfen, welche in der perhorreszierenden Analogie von Katholizismus und türkischer Religion einen Anknüpfungspunkt ihres eschatologischen Geschichtsbildes sahen.

Generell ist zu sagen, dass in der Fremdwahrnehmung des Türken viel Ambivalenz heraus zu lesen ist. Zum einen werden dem Türken kulturimmanente Verfehlungen wie Trunksucht, Materialismus sowie Ungehorsam gegenüber der Obrigkeit sporadisch als positive Eigenschaften zugeschrieben, um eine Projektionsfläche eigenen Unvermögens aufzubauen. Andererseits wirkt sich das Beschreiben übersteigter Neigungen und Verfehlungen des Fremden stabilisierend und beschwichtigend auf ethische Unsicherheiten in der eigenen Gesellschaft aus und förderte eine christliche Binnenkohärenz gegenüber dem unüberbrückbaren Muslimischen.

Abschliessend bleibt die Erkenntnis, dass das 16. Jahrhundert aufgrund seiner homogenen Einstellung dem offen feindlich gesinnten Türken gegenüber keinen semantischen Paradigmenwechsel erkennen lässt. Weder Invektiven noch die Deskription osmanischer Sitten bzw. deren Reflexion auf die christianitas passen sich einer allfälligen Neusituierung der Gesellschaft an oder zeichnen sich durch neue Erkenntnisse semantisch innovativ aus.



*u<sup>b</sup>*

<sup>b</sup>  
UNIVERSITÄT  
BERN

Berlin

ISSN 1660-1904